

BDT 2015 in Rieste

Sachanträge

Sachanträge zum BDT 2015

Kreisverband Meppen (Antrags-Nr. 1)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Landes- und Bundesregierung auf angesichts der steigenden Zahlen von Impfgegnern Maßnahmen zur Aufklärung von Impfmythen einzuleiten.“

Begründung:

„Ein flächendeckender Impfschutz mit Impfquoten von mindestens 95 % der Bevölkerung sind Voraussetzung um Krankheiten, gegen die die Bevölkerung immunisiert werden kann, auszurotten und um internationale Verpflichtungen im Rahmen der Millenniumskampagne der Vereinten Nationen einzuhalten. Vor allem Säuglinge und Kleinkinder sind durch rückläufige Impfquoten hohen, lebensgefährlichen Infektionsrisiken ausgesetzt. Die Masernausbrüche in den letzten zwei Jahren haben gezeigt, dass der kollektive Schutz durch Impfungen in Deutschland brüchig geworden ist und eine Impfgegnerbewegung in Deutschland und anderen Staaten des Westens salonfähig ist. Es gilt also, gerade angesichts der Tatsache, dass Impfgegner häufig mit Verschwörungstheorien und halbwissenschaftlichen, gefährlichen Unwahrheiten argumentieren (z.B. Impfungen sind eine Verschwörung der Pharmaindustrie, Impfungen sind ein Mittel der Regierung um die Bevölkerung zu kontrollieren etc.), Aufklärungsarbeit zu leisten. Nur so können die Impfquoten aufrechterhalten, Krankheiten eingedämmt und die Schwächsten der Gesellschaft geschützt werden.“

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 2)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert den sofortigen Rücktritt der Niedersächsischen Kultusministerin Frauke Heiligenstadt sowie des Landwirtschaftsministers Christian Meyer“

Begründung:

„Nach einer über zweieinhalb-jährigen Regierungszeit von rot-grün stehen diese beiden Minister symptomatisch für die desolate Regierungspolitik in unserem schönen Niedersachsen. Nach hälftiger Zeit auf der Regierungsbank lässt sich schonungslos resümieren, dass diese beiden Minister in ihrem Job einfach nicht richtig aufgehoben sind. In der Vergangenheit jagte eine Panne und schlechte Idee die andere, sodass man das Gefühl bekam, dass eine solchideologiebehaftete Politik nichts weiter als ein schlechter Witz sein könne. Jedoch weit gefehlt, denn die meinen das Ernst. Bei Landwirtschaftsminister Meyer (Bündnis 90/Die Grünen) lässt sich kopfschüttelnd beispielsweise die Idee der Verkürzung der Jagdzeit für Schalenwild, die Änderung des Landesraumordnungsprogramms (LROP) mit einer massiven Schwächung des ländlichen Raumes, die Vernässung seit Jahrzehnte trockengelegter Moore und der Kontrollwahnsinn in den landwirtschaftlichen Betrieben durch immer neue Erlasse anführen, um nur einige Beispiele zu nennen. Zu Recht sind deshalb viele Landwirte in einer großangelegten Protestaktion nach Hannover gefahren und haben den Rücktritt des Moor-Meyers gefordert. Wer nun glaubt, dass dies belastend genug für eine Landesregierung ist, der ist erneut in die Falle getappt. Denn das Ganze wird von der niedersächsischen Kultusministerin (SPD) noch getoppt. Hier reichte es nicht aus, dass man nach der Arbeitszeitverlängerung von Gymnasiallehrern deren gesamten Frust hierüber verspürte, was in einem Boykott der Klassenfahrten endete. Nein, erst die Schelte vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg am 09.06.2015 brachte die Ministerin dazu endlich zu handeln. Das blöde, mittlerweile waren 750 neue Lehrerstellen von Nöten, um die fehlerhafte und unbegründete Arbeitszeitverlängerung nun nachträglich zu kompensieren. Aber auch das störte die Landesregierung nicht weiter und so schrieb die Ministerin lediglich 150 neue Stellen aus. Als wenn das nicht genug wäre, kommt noch das ein oder andere hinzu: Eine

Sachanträge zum BDT 2015

Schulgesetznovelle die vorschreibt, dass 2 ½ Stunden Fahrtzeit pro Weg zum Gymnasium zumutbar wären und die die Gesamtschule zur ersetzenden Schulform deklariert, das Abschaffen der Förderschule Lernen oder auch die Beschneidung der Meinungsfreiheit durch die Landesschulbehörde, von der die Minister selbstverständlich nichts wusste. All dies lässt schlicht und ergreifend auf eine mangelnde Kompetenz der beiden Minister in ihrem Amt schließen, sodass die logische Konsequenz nur lauten kann: Frau Heiligenstadt und Herr Meyer müssen zurücktreten!“

Votum der Antragskommission: Annahme mit Änderung

Der Pistorius muss auch weg!

Kreisverband Grafschaft Bentheim (Antrags-Nr. 3)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland richtet als Startschuss für die Kommunalwahl 2016 im Frühjahr ein Treffen aller JU-Ortsvorsitzenden und kommunalen JU-Mandatsträger aus.

Begründung:

Die Kommunalwahl ist DIE Wahl für die Junge Union. Nie sonst gehen so viele junge Kandidaten ins Rennen um politische Ämter. Die Veranstaltung soll als Startpunkt des JU-Wahljahres dienen und insbesondere auch ein Zeichen innerhalb der CDU setzen.

Die Veranstaltung könnte dazu genutzt werden, die Ideen zum Kommunalwahlkampf unter den Orts- und Kreisverbänden auszutauschen. Zudem könnten auch Fortbildungen zur Arbeit in kommunalen Parlamenten insbesondere für neue Kandidaten angeboten werden.

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverbände Meppen und Osnabrück-Land (Antrags-Nr. 4)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert für Verkehrsteilnehmer ab dem 70. Lebensjahr in bestimmten Abständen eine ärztliche Kontrolle in Punkto Fahrtauglichkeit, die Voraussetzung für die Verlängerung bzw. Aufrechterhaltung der Fahrerlaubnis ist.“

Begründung:

„Die Bevölkerung unseres Landes wird immer älter, sodass immer mehr ältere Menschen auf unseren Straßen unterwegs sind. In Punkto Mobilität ist es für viele Senioren insbesondere auch im ländlichen Raum von großer Bedeutung auch im Alter ihr Fahrzeug – wenn auch nur für Kurzstrecken – z.B. zum Einkauf nutzen zu können. Diese Möglichkeit möchten wir aufrecht erhalten. Nichts desto trotz muss festgestellt werden, dass es laut Daten des statistischen Bundesamtes eine größer werdende Zahl an Unfällen gibt, die auf ältere Autofahrer entfallen. So stieg für diese Autofahrergruppe die Zahl der Unfälle von 2001 bis 2011 um fast 32 Prozent. In diesem Kontext scheint es unverantwortlich, dass die Fahrtauglichkeit nur beim Erwerben des Führerscheins nachgewiesen werden muss. Dabei sind viele Senioren gesundheitlich eingeschränkt, nehmen Medikamente die z.B. die Reaktionsfähigkeit herabsetzen oder haben ein schlechtes Sehvermögen. Daher ist es aus unserer Sicht sinnvoll, eine regelmäßige Untersuchung einzuführen, die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Fahrerlaubnis ist. Solche Untersuchungen werden bereits heute in einigen unserer Nachbarländer wie etwa den Niederlanden (ab 70 Jahren alle 5 Jahre) oder in Schweden und Großbritannien (alle 3 Jahre) verlangt. Ein solcher Test könnte dabei etwa aus einer Sehfähigkeitsüberprüfung, einem Mobilitätstest und der Untersuchung auf Krankheiten wie etwa Herzschwäche bestehen und müsste somit nicht unverhältnismäßig lange Zeit in Anspruch nehmen.“

Votum der Antragskommission: Ablehnung

Sachanträge zum BDT 2015

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 5)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die rot-grüne Landesregierung auf die Investitionsquote des Landes zu erhöhen. Insbesondere soll wieder vermehrt Geld in die Landesstraßen investiert werden.“

Begründung:

Sprudelnde Steuerreinnahmen spülen viel Geld in die Landeskasse. Doch anstatt diese sinnvoll wieder einzusetzen, scheint die rot-grüne Landesregierung auf dem Geld sitzen zu bleiben. Trotz der immensen Summen, die durch Steuern an den niedersächsischen Fiskus gelangen und die in den kommenden Jahren nach Schätzung des niedersächsischen Finanzministeriums noch steigen sollen, ist die Investitionsquote des Landes mit 4,7% auf einem historischen Tiefstand. Neben den großen Aufgaben, die unserem Bundesland, u.a. mit dem Zufluss von Flüchtlingen, bevorstehen, gilt es, die Chancen einer gesungen Einnahmensituation auszunutzen und nicht untätig und abwartend zu agieren. Dabei muss der Blick auch wieder vermehrt auf die ländlichen Strukturen gelegt werden, die unser Land stark machen. In diesem Zuge ist es unverständlich, dass der Ausbau des ÖPNV aus ideologischen Gesichtspunkten unverhältnismäßig gefördert wird, was meist lediglich den Städten zugutekommt, während die Landesstraßen ins Hintertreffen geraten. Die Investitionen in die Landesstraßen liegen, trotz der verbesserten finanziellen Ausgangslage, deutlich hinter dem Niveau der CDU geführten Vorgängerregierung.

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Meppen (Antrags-Nr. 6)

„Zukünftige Leitanträge sollen mit umfassenden Quellennachweisen versehen werden und Fachtermini erklärt werden.“

Begründung:

„Da sich die Leitanträge des Bezirksverband an einen breiten Adressatenkreis richten und Quellangaben zu einer stärkeren Untermauerung der Thesen führen, sollten – auch im Interesse einer intensiveren Antragsberatung – Quellangaben bei der Angabe von Daten als Bezugspunkt verwendet werden.“

Votum der Antragskommission: Ablehnung

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 7)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Landesregierung auf, sich der vierten industriellen Revolution positiv gegenüber zu stellen und diese mit zu fördern sowie die Unternehmen dahingehend zu unterstützen, dass der Strukturwandel gelingt.“

Begründung:

Die vierte industrielle Revolution steht unmittelbar bevor. Dabei bezeichnet der 2011 auf der Hannover Messe erstmals eingeführte Begriff der „Industrie 4.0“ die Verbindung der digitalen Welt des Internets mit den konventionellen Prozessen und Diensten der produzierenden Wirtschaft. Es geht also um eine breite Vernetzung entlang der Wirtschaftskette. Dabei ist es nicht zielführend über den Sinn und Zweck

Sachanträge zum BDT 2015

dieser Revolution zu reden, da diese zwangsläufig Schritt für Schritt eingeführt wird. Produkte die wissen wie sie produziert werden müssen, Smart Factory als die transparente Fabrik, eigenständige Reparatur- und Serviceaufträge durch die Anlagen selber und eine vollständig digitalisierte Kommunikation zwischen allen Teilnehmern einer Wertschöpfungskette sind nur einige Beispiele die verdeutlichen, dass diese Entwicklung ein enormes Potential aber eben auch große Herausforderungen mit sich bringt. Diesem industriellen Wandel muss sich nun positiv gegenüber gestellt werden und die damit verbundenen Aufgaben müssen frühzeitig angegangen werden. Beteiligung des Betriebsrates, Arbeitsrecht mit der Frage der „Arbeit 4.0“, vertragsrechtliche Fragestellungen und Datenschutzrechte sind nur ein kleiner Teil der Aufgaben, die uns in diesem Zuge in der Zukunft beschäftigen werden. Daher müssen die Unternehmen aus Niedersachsen, die sich schon jetzt für diesen Wandel stark machen und Pionierarbeit mit hohem finanziellen Aufwand leisten, unterstützt werden. Insgesamt gilt es, innovativ zu denken und Chancen zu ergreifen, sodass Niedersachsen hier eine Vorreiterrolle einnehmen kann. Ideologische Grabenkämpfe wären hier fehl am Platz.

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Grafschaft Bentheim (Antrags-Nr. 8)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland spricht sich dafür aus, Cannabis unter strikten Regelungen zu legalisieren.

Begründung:

Wir wollen die möglichen gesundheitlichen Folgen von Cannabis-Konsum keinesfalls kleinreden, wir sehen die bisherige Cannabis-Politik aber als gescheitert an! Wir fordern eine kontrollierte Freigabe an registrierte, volljährige Personen in zertifizierten Shops. Neben dem Problembereich des Konsums kann letztlich nur so der Schwarzmarkt effektiv bekämpft werden! Durch die Besteuerung können für den Staat zudem finanzielle Vorteile geschaffen werden. Durch legalisierten Verkauf und Anbau können zudem Arbeitsplätze geschaffen werden. Insbesondere verweisen wir darauf, dass eine Legalisierung nicht zu einem erhöhten Konsum führt, wie sich aus Studien ergibt, die die Niederlande mit ihrer liberalen Drogenpolitik mit anderen Ländern vergleicht.

Für führen einige Artikel zu diesem Thema an:

1. **Marihuana ist erst der Anfang - Acht Irrtümer zum Kiffen | WAZ.de - Lesen Sie mehr auf:**
<http://www.derwesten.de/thema/irrtuemer-des-lebens/marihuana-ist-erst-der-anfang-acht-irrtuemer-zum-kiffen-id11080385.html?onpage=true#plx621852311>

Cannabis Marihuana ist erst der Anfang - Acht Irrtümer zum Kiffen
15.09.2015 | 06:13 Uhr
Marihuana ist erst der Anfang - Acht Irrtümer zum Kiffen
Kiffen sorgt für Entspannung. Das kann aber in einem Teufelskreis enden. Foto: dpa / Symbolbild

Essen/Rüthen. Bei unseren Nachbarn in den Niederlanden ist die "weiche Droge" legal, bei uns streitet man sich noch. Wir räumen mit acht Irrtümern zu Cannabis auf.
Marihuana ist erst der Anfang - Acht Irrtümer zum Kiffen

Sachanträge zum BDT 2015

Grünen-Fraktionschef Hofreiter hat's getan und schätzungsweise 2,5 Millionen Deutsche machen mit: Kiffen ist mittlerweile eine weit verbreitete, illegale Beschäftigung. Viele Mythen und Halbwahrheiten ranken sich um die grüne Hanfpflanze, die sich Befürworter und Gegner der Cannabis-Legalisierung gleichermaßen vor die Köpfe knallen. Wir versuchen, ein bisschen Klarsicht in den Dunstnebel zu bringen.

1. Cannabis ist eine bewusstseinsweiternde Droge.

Falsch! Im Grunde wirkt Cannabis nicht bewusstseinsweiternd, sondern bewusstseinshemmend. "Während des Rausches nimmt man Themen anders wahr, Probleme werden aus einem anderen Blickwinkel betrachtet", bestätigt Franjo Grotenhermen, Cannabis-Experte und Arzt aus Rüthen. Untersuchungen hätten ergeben, dass der Wirkstoff THC sozusagen den Prozess vom Kurz- ins Langzeitgedächtnis unterbricht. Die Folge: In einem kurzen Gespräch mit vier Sätzen kann sich der Konsument eventuell nicht mehr an den ersten Satz erinnern.

Selbst einfachste und alltägliche Dinge wie das Zähneputzen können dem Nutzer plötzlich als völlig neue Erfahrung vorkommen. Er hat quasi nur eingeschränkten Zugriff auf den Bereich im Gedächtnis, in dem die unzähligen Situationen des Zähneputzens abgespeichert sind.

2. Cannabis macht nicht süchtig.

Falsch! "Cannabis hat ein Abhängigkeitspotential, beim Absetzen können auch Entzugssymptome auftreten", sagt Grotenhermen. Dazu gehörten innere Unruhe, Schlafstörungen, vermehrtes Schwitzen und Appetitlosigkeit. "Die Entzugssymptome sind in etwa so stark, wie wenn man mit dem Rauchen aufhört, natürlich abhängig von der Dauer und Intensität des Konsums".

Damit kann Cannabis also auch körperlich und nicht nur - wie weitläufig angenommen - psychisch abhängig machen.

Marihuana schränkt das Kurz- und Langzeitgedächtnis ein. Foto: dpa / Symbolbild

Bei der psychischen Abhängigkeit spielt vor allem das soziale Umfeld eine große Rolle. Das Kiffen kann zu einer Art Ritual werden, bei dem in geselliger Runde ein Gefühl von Entspannung erzeugt wird, obwohl man eigentlich verärgert oder frustriert ist. Kurzfristig löst sich die innere Anspannung, man bewertet das Erlebnis als positiv - und will mehr davon. Das kann schlimmstenfalls dazu führen, dass der Konsument nach und nach verlernt, sich seinen Gefühlen zu stellen; Cannabis wird zum ständigen Begleiter, zur Fluchtmöglichkeit, zum scheinbaren Problemlöser - der Teufelskreis beginnt. Alkohol ist schädlicher für den Körper als Cannabis

3. Cannabis ist genauso schädlich wie Alkohol.

Stimmt nicht! "Cannabis ist sicherlich nicht so schädlich wie Alkohol", so Grotenhermen. In einer Schwangerschaft habe Cannabis beispielsweise keine Auswirkungen auf das Wachstum oder eventuelle Missbildungen des Fötus. Ganz im Gegensatz zu Alkohol, der auch die sprachliche Entwicklung langfristig beeinträchtigt.

Alkohol hat mehr Langzeitfolgen als Cannabis. Foto: dpa / Symbolbild

Auch beim Thema Krebsrisiko sei Cannabis um ein Vielfaches harmloser als Alkohol. In einer

Sachanträge zum BDT 2015

amerikanischen Fall-Kontroll-Studie bestehe selbst bei starken langzeitigen Cannabisrauchen kein Zusammenhang mit Lungenkrebs und anderen Krebsarten des oberen Verdauungs- und Atemtraktes.

Trotzdem kommt es immer noch auf die Dosis an, die eine Substanz zum Gift werden lässt. Der exzessive Missbrauch von Alkohol und Cannabis kann Folgeschäden verursachen. Leberzirrhose, Schlaganfall, Impotenz kann eine Alkoholabhängigkeit mit sich bringen, auffällig ist der Zusammenhang zwischen Psychosen und Cannabiskonsum - wobei die Forschung bisher zu keinem einheitlichen Ergebnis gekommen ist.

4. Hanf ist eine Naturdroge.

Theoretisch schon! Allerdings wird Hanf, wie er in den meisten Fällen gehandelt wird, hochgezüchtet, teilweise werden die Pflanzen auch in Treibhäusern genetisch verändert. Und damit nicht genug: Um maximale Gewinne zu erzielen, scheuen sich Händler auch nicht, das Cannabis beispielsweise mit Blei zu strecken - dadurch wird es schwerer und lässt sich teurer verkaufen. Natürlich sieht anders aus.

5. Marihuana macht dumm und faul.

Dumm vielleicht, faul aber nicht. "Sowohl bei Jugendlichen als auch bei Erwachsenen wurden lang anhaltende kognitive Defizite festgestellt, wenn stark gekiffte wurde, sprich mehr als fünf Gramm pro Tag", erklärt Grotenhermen. Und das noch nach vier Wochen nach dem letzten Joint.

Grotenhermen weist außerdem darauf hin, dass Menschen mit kognitiven Defiziten häufiger zu Cannabis- und Alkohol-Konsum neigen. In diesen Fällen sei es schwer nachweisbar, ob diese Defizite vor dem Konsum von Marihuana bereits vorhanden waren, Untersuchungsergebnisse könnten deswegen verzerrt sein.

Drogenpolitik

Das sagen Befürworter und Gegner einer Cannabis-Freigabe
Das sagen Befürworter und Gegner einer Cannabis-Freigabe

Ein CDU-Politiker im Bundestag fordert die Freigabe von Cannabis. Befürworter und Gegner argumentieren in verschiedene Richtungen.

Als mögliche Folge des Cannabis-Konsums galt früher das sogenannte amotivationale Syndrom, was oft mit Faulheit, Trägheit und Teilnahmslosigkeit in einen Topf geworfen wurde. Diese Theorie gilt mittlerweile jedoch als überholt. Dazu schrieben Grotenhermen und Gorter in "Cannabis und Psychosen": "Klinische Studien führten zu widersprüchlichen Ergebnissen, so dass die eines cannabisinduzierten Amotivationsyndroms heute als ungeklärt gilt. Der Zustand ist sicherlich eher selten. Persönlichkeit und Beikonsum anderer Drogen machen es zudem schwierig, ein amotivationale Syndrom per se auf Cannabis zurückzuführen." Eine Cannabis-Legalisierung hängt nicht mit erhöhtem Konsum zusammen

6. Eine Legalisierung von Hanf führt zu erhöhtem Konsum.

Falsch! "Dazu wurden mehrere Studien in verschiedenen Ländern aufgestellt, auch von der Weltgesundheitsorganisation. Das Ergebnis: Die rechtliche Lage ist für den Konsum oder die Intensität nicht relevant", sagt Grotenhermen.

Sachanträge zum BDT 2015

Cannabis

Cannabis in Düsseldorf - Noch hohe Hürden bis zum Coffeeshop
Cannabis in Düsseldorf - Noch hohe Hürden bis zum Coffeeshop

Der An- und Verkauf von Cannabis soll in Düsseldorf legal werden. Die Stadt will eine Sondergenehmigung bei der zuständigen Bundesbehörde erwirken.

In Holland werde beispielsweise nicht mehr gekifft als in Frankreich, obwohl die Gesetze deutlich lockerer sind. Zwar wolle man mit den Verboten vor allem die Jugendlichen schützen. Die hätten allerdings kaum ein Problem, an Marihuana heranzukommen.

“Andere Faktoren für einen erhöhten Cannabis-Konsum sind viel entscheidender, zum Beispiel Perspektivlosigkeit unter Jugendlichen“, ergänzt der Mediziner. Außerdem würden mit der Legalisierung gegenwärtige Probleme reduziert werden, wie zum Beispiel der Schwarzmarkt, mafiose Strukturen oder Jugendliche, die Kontakt zu kriminellen Strukturen bekommen .

7. Marihuana ist eine Einstiegsdroge und führt zum Konsum härterer Drogen.

Falsch! Die Behauptung, dass Marihuana Menschen dazu anstiftet, härtere Drogen zu nehmen, ist eines der beliebtesten Argumente im Kampf gegen die Legalisierung - einen Beweis gibt es dafür nicht.

Korrelationen in einer Statistik bedeuten nicht automatisch, dass ein kausaler Zusammenhang besteht. Menschen, die Heroin oder Kokain nehmen, haben vorher zwar oftmals Marihuana geraucht. Das bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass Marihuana auch die Ursache für ihren Konsum war.

Die US-Journalistin Maia Szalavitz räumt in ihrem "Time"-Artikel mit dem Mythos als Einstiegsdroge auf, hat für diese Problematik ein anschauliches Beispiel: “Bei Mitgliedern der Motorradgang “Hell’s Angels” ist es 104 Mal wahrscheinlicher, dass sie bereits als Kind Fahrrad gefahren sind. Es bedeutet aber genauso wenig, dass Fahrradfahren bereits ein erster Schritt zur Karriere als Mitglied einer Motorradgang ist.”

8. Das für Hanf charakteristische THC kommt nur in der Pflanze vor.

Stimmt, aber es gibt natürliche Nachahmer! Die sogenannten Endocannabinoide sind Botenstoffe im Körper, die THC (Tetrahydrocannabinoid) imitieren und für die Funktion des neuralen Netzwerks von zentraler Bedeutung sind. Für einen Rauschzustand sorgen sie aber nicht.

Gesundheit

Joint auf Rezept – Debatte um Cannabis als Arzneimittel
Joint auf Rezept – Debatte um Cannabis als Arzneimittel

Die Droge gilt auch als hilfreiches Medikament in der Schmerztherapie. Doch die Politik tut sich bei der Legalisierung schwer. Der Stand der Debatte.

Die Endocannabinoide regulieren, wie viele biochemische Botenstoffe für ein Signal verwendet werden. Dieses Signalsystem ist für den korrekten Ablauf der embryonalen Gehirnentwicklung wichtig. Das Endocannabinoid-System ist noch nicht vollständig erforscht, hat aber eine wichtige Schutzfunktion: Es wird bei übermäßigem Stress aktiv und hilft dem Körper, zum Normalzustand zurückzufinden.

Sachanträge zum BDT 2015

Endocannabinoide

als

Medikament?

Insgesamt helfen Endocannabinoide dabei, verschiedenste Vorgänge im Körper zu regeln, zum Beispiel beim Speichern traumatisierender Erinnerungen oder beim Energiestoffwechsel. Mit dieser Basis hoffen Forscher, neue Medikamente gegen unterschiedliche Leiden entwickeln zu können: von Angst und Depressionen über Schmerzen und Fettleibigkeit bis zu chronischen Entzündungen.

Britta

Prasse

2. Cannabis-Legalisierung: Die Regierung muss endlich dealen

Ein Kommentar von [Stefan Kuzmany](#)

Hanf-Pflanzen in einem Kölner Garten: Für viele so normal wie ein Glas Rotwein

Die Vorstöße zur regionalen Freigabe von Cannabis sind richtig - doch sie greifen zu kurz. Denn auch die bundesweite Legalisierung wäre sinnvoll. Es ist besser, die Realität zu regeln, als alte Ängste zu pflegen.

[Kommentar](#)

Deutschland ist kein Einwanderungsland, tönte es noch lange von den Regierungsbänken, als Deutschland schon längst ein Einwanderungsland war. Ein Einwanderungsgesetz jedoch gibt es bis heute nicht.

Öffentlich gelebte Homosexualität ist längst kein Problem mehr in dieser Gesellschaft. Zur völligen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare einschließlich der Ehe für alle kann sich unsere Regierung aber trotzdem nicht durchringen.

Und es gibt noch eine dritte, genauso überkommene Lebenslüge der deutschen Politik: Kiffen ist gefährlich, deshalb muss Cannabis verboten bleiben. Dabei ist ein Joint dann und wann für viele Menschen in Deutschland längst so normal wie der Genuss eines Glases Rotwein. Trotzdem werden sie vom Gesetz als Straftäter behandelt, als seien sie gefährlich für sich selbst und andere, während die weitaus gefährlicheren Substanzen Alkohol und Tabak als Bestandteile unserer Genussskultur toleriert werden.

Schon klar: Cannabis ist nicht harmlos. Aber genau deshalb sollte sein Verkauf staatlicher Kontrolle unterliegen. Der Schwarzmarkt finanziert nur Kriminelle, mit einem legalen und versteuerten Verkauf könnte Suchtprävention finanziert werden.

Gut gemeinte Flickschusterei

Wen schützt das Verbot überhaupt? Kein 14-Jähriger, der unbedingt kiffen will, lässt sich heute vom gesetzlichen Verbot abschrecken. Verkäufer wird er überall finden, allerdings nur solche, die sich um seine Gesundheit wenig scheren. Auch für erwachsene, möglicherweise dem Missbrauch zuneigende Konsumenten wäre es besser, sie könnten sich direkt beim Verkäufer kompetent über Risiken und Nebenwirkungen informieren, als schnell im Park ein Tütchen zu kaufen, von dem sie nicht so genau wissen, was da eigentlich drin ist.

Sachanträge zum BDT 2015

Immerhin, es tut sich etwas in Deutschland, doch die aktuellen Vorstöße zur Legalisierung sind rechtlich unsicher und nur regionale Projekte, angestoßen von Landespolitikern. Solange sich niemand aus der ersten Reihe von Union und SPD traut, die bundesweite Realität zu regeln, anstatt alten Ängsten anzuhängen, bleiben die Initiativen in Hamburg, Bremen und Berlin gut gemeinte Flickschusterei.

Doch die Kanzlerin gibt sich restriktiv, ohne überhaupt auf eine Debatte einzugehen. Ihre nicht minder restriktive Drogenbeauftragte Marlene Mortler (CSU) schreibt auf ihrer Homepage: "Ich will, dass in unserer Gesellschaft Kinder zu starken Persönlichkeiten heranwachsen können, die die Risiken von Suchtmitteln richtig einschätzen können." Ein ehrenwertes Anliegen - und eine kontrollierte Legalisierung wäre ein großer Schritt in diese Richtung.

Quelle: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/cannabis-legalisierung-freigabe-sinnvoll-kommentar-a-1045082.html>

3. Ruf nach schneller Entkriminalisierung Juristen und Experten einig: Cannabis muss endlich legalisiert werden

Bei einer Fachtagung in Frankfurt haben sich zahlreiche Experten für eine Entkriminalisierung des Cannabis-Konsums ausgesprochen. Der Rechtsprofessor Lorenz Böllinger bezeichnete das Betäubungsmittelgesetz sogar als verfassungswidrig.

Juristen, Suchtexperten und Mediziner sagen übereinstimmend, dass der Eigengebrauch von Cannabis nicht bestraft werden sollte. Bei einer Tagung in Frankfurt hatten Experten aus unterschiedlichen Fachgebieten eine Entkriminalisierung des Konsums gefordert. So setzte sich die Initiative „Schildower Kreis“ für eine neue Drogenpolitik ein, da der Schwarzmarkt große Risiken berge. Auf der Internetseite des Netzwerkes läuft die „Prohibitionsuhr“, die unter anderem die Kosten der Drogenrepression zählt. Laut Heino Stöver von der FH Frankfurt konsumierten zwölf Prozent der Deutschen im vergangenen Jahr Cannabis aber nur drei Prozent davon seien Gewohnheitskiffer. Auch der Dauergebrauch sei auf niedrigem Niveau stabil und werde durch rechtliche Eingriffe kaum verändert. Ein Vertreter des Bundes Deutscher Kriminalbeamte berichtete, dass 145.000 der 250.000 Drogendelikte auf Cannabis entfielen aber die meisten dieser Verfahren aufgrund geringer Mengen aber eingestellt würden. Es entstünden unnötige Kosten, da Beamte für den Papierkorb arbeiteten. Unterdessen kündigte die Frankfurter Drogendezernentin Rosemarie Heilig ein Modellversuch in der Drogenpolitik an, nach welchem Prävention, Beratung und Therapie vor Repression gestellt werden soll.

Quelle: http://www.focus.de/gesundheit/videos/experten-fordern-entkriminalisierung-juristen-und-suchtexperten-einig-cannabis-muss-legalisiert-werden_id_4288159.html

4. Wirtschaftsfaktor Cannabis? Legalisierung könnte einen Wirtschaftsboom auslösen

Von Mirko Heinemann

Wer gewinnt, wer verliert bei der Legalisierung von Cannabisprodukten? (imago / Christian Ohde)

Sachanträge zum BDT 2015

Wird Deutschland zum zweiten Colorado in Cannabis-Fragen? Strafrechtsexperten und Politiker plädieren für eine Entkriminalisierung der Droge. Das hätte auch wirtschaftliche Folgen - und davon könnte die Staatskasse profitieren.

Über Berlin-Kreuzberg scheint die Sonne. Im Görlitzer Park spielt eine Band. Im hinteren Teil des Parks stehen Männergruppen. Schwarz, jung, afrikanischer Hintergrund.

"Grass?"

"Ich bin Journalist. Ich will Haschisch kaufen. Für zehn Euro."

"Von 30 Euro normalerweise."

"Echt? Für zehn Euro gar nicht?"

"No, no, nicht. Hier keine Drogen. Wann du willst Drogen zu die weite Leute..."

An Journalisten wird hier offenbar nicht verkauft. Unter Touristen und Einheimischen ist der Görlitzer Park als Verkaufsstelle für Haschisch und Marihuana bekannt. Die meisten Dealer hier sind dunkelhäutige Männer, die kaum oder gar kein Deutsch sprechen. Handelssprache ist Englisch. Es ist schwierig, Kontakt aufzunehmen. Dann finden sich doch welche, die über ihr Geschäft sprechen.

"Wir sind keine Kriminellen, und wir mögen das nicht, was wir hier machen. Wir verdienen manchmal nur zehn Euro am Tag. Dafür sind wir den ganzen Tag hier im Park. Wenn die Polizei kommt, müssen wir fliehen. Abends gehen wir nach Hause, kaufen uns mit dem Geld etwas zu essen, und manchmal rufen wir bei unserer Familie zu Hause an."

Der Mann nennt sich Madi, er ist Sprecher einer kleinen Gruppe junger Männer. Sie seien Asylbewerber ohne Arbeitserlaubnis. Oppositionelle, die aus ihrer Heimat Gambia in Westafrika geflohen sind. An Minderjährige würden sie nicht verkaufen, sagen sie.

Deutsche Rockerclubs kontrollieren den Handel

Kontrollieren kann man das nicht. Wer ihre Auftraggeber sind und woher die Ware kommt, bleibt unklar. Wir hören später von Insidern, dass deutsche Banden hinter dem Geschäft stecken sollen, etwa Rockerclubs. Das Marihuana soll von illegalen Plantagen im Umland von Berlin stammen. Es handelt sich dabei meist um abseitig liegende, leerstehende Lagerhallen, in denen die Pflanzen unter künstlicher Beleuchtung gezüchtet werden.

Welche Mengen in dem Park abgesetzt werden, kann man schwer schätzen. Die Berliner Polizei vermutet, dass sich im Durchschnitt 60 bis 100 Dealer im Park aufhalten. Bei vielen ist 30 Euro die Mindestabgabemenge, darunter wird nicht verkauft. Das wären zwei bis drei Gramm. Wenn jeder Dealer nur zehn Geschäfte am Tag abwickelt, dann wechseln hier jeden Tag 30.000 Euro ihren Besitzer.

Angesichts der massiven Verbreitung dieser Droge und der Wirkungslosigkeit von Repressionsmaßnahmen fordern immer mehr Wissenschaftler, Juristen und Politiker eine Entkriminalisierung zumindest der Konsumenten dieser Droge. Kürzlich haben 122 deutsche Strafrechtsprofessoren gemeinsam eine Resolution veröffentlicht. Darin forderten sie den Bundestag auf, die deutsche Drogenpolitik zu überprüfen und das Drogenstrafrecht zu entkriminalisieren.

Bestärkt werden sie durch eine Entwicklung, die inzwischen auch das Mutterland des Anti-Drogen-Krieges erreicht hat: Die US-Bundesstaaten Colorado und in Washington State haben bereits den Anbau

Sachanträge zum BDT 2015

und den Verkauf von Cannabisprodukten erlaubt. Ähnlich in Uruguay. In den Niederlanden wird schon seit Jahrzehnten der Verkauf toleriert, Spanien und Tschechien haben die Bestimmungen gelockert, und in Portugal droht Drogenkonsumenten keine Strafe mehr, sondern eine Therapie. In Deutschland ist der medizinische Gebrauch von Cannabis seit 2009 erlaubt.

Die Auffassung, bestimmte Drogen radikal zu verbieten, könnte ins Wanken geraten.

CANNABIS: DAS PRODUKT

Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung schätzt den Umsatz des weltweiten Drogenhandels auf 330 Milliarden Dollar, für Deutschland geht man von 2,5 Milliarden Euro pro Jahr aus – doppelt so viel, wie in Deutschland für Schokolade ausgegeben wird. Der größte Teil des Umsatzes entfällt auf Cannabis. Wie viel genau, ist unklar.

Der europäische Markt wird vorwiegend aus Marokko beliefert. Allein mit marokkanischem Haschisch werden in Europa nach Schätzungen des UN-Büros rund zehn Milliarden Euro pro Jahr umgesetzt.

Dort produzieren geschätzt 200.000 Kleinbauern und ihre Familien Cannabis-Harz, also Haschisch. Im Durchschnitt stellt jeder Betrieb 15 Kilogramm pro Jahr her. Eine Million Menschen sollen von der Drogenherstellung leben. Der Spanier Miguel hat selbst auf einer Plantage in Marokko gearbeitet, er kennt die Vertriebswege von Haschisch genau. Miguel ist nicht sein richtiger Name.

Produkte auf der Cannabis-Messe in Spanien (picturealliance / dpa / Sergio Barrenechea)

"Die Bauern ziehen die Pflanze auf vier bis sechs Hektar Land und machen daraus Haschisch, das so genannte Kif. Es wird in sieben bis acht Qualitätsstufen hergestellt. Die Pflanzen werden an einem Gerät ausgeschlagen, das aus sieben oder acht übereinander liegenden Filtern besteht, durch die das Harz herunterfällt. Je höher der Filter liegt, desto besser ist die Qualität."

Die Bauern verkaufen das Haschisch an organisierte Zwischenhändler weiter. 500 Euro pro Kilo bekommen sie dafür, schätzt das UN-Büro. Miguel glaubt, dass es eher unter 200 Euro pro Kilo sind. Das wäre ein Vierzigstel von dem, was der Endkonsument in Nordeuropa später auf der Straße zahlen wird. Kriminelle Organisationen bringen die Ware in Schnellbooten an die spanische Küste.

Zwischenhändler machen den Hauptgewinn mit Cannabis

Diese Zwischenhändler machen den Hauptgewinn mit der Droge. Die Vertriebswege reichen bis nach Barcelona, wo die Ware von Nordeuropäern übernommen wird. Ihre Gewinnmarge beträgt noch einmal 100 Prozent.

Niemand weiß genau, wie viele Menschen in Deutschland Cannabis konsumieren. Regelmäßige Befragungen des Instituts für Therapieforschung München und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ergeben, dass ein Drittel der jungen Erwachsenen bis 25 Jahren es schon einmal probiert haben. Ein Sechstel in dieser Altersgruppe hat in den letzten 12 Monaten Haschisch oder Marihuana konsumiert, knapp vier Prozent tun es regelmäßig.

Die Gesamtzahl der Deutschen im Erwerbsalter, die im letzten Jahr Cannabis konsumiert haben, schätzen die Institute auf 2,5 Millionen Menschen, etwa doppelt so viele Männer wie Frauen.

"Da sind auch Leute bei, die nur ein Mal letztes Silvester einen Joint geraucht haben, und da sind auch die bei, die jeden Tag drei Gramm rauchen."

Sachanträge zum BDT 2015

Georg Wurth vom Deutschen Hanfverband, der sich für die Legalisierung von Cannabis in Deutschland einsetzt, hat berechnet, welche Mengen in Deutschland konsumiert werden und einen Verbrauchskorridor von 200 bis 400 Tonnen Cannabis pro Jahr ermittelt.

Bei einem geschätzten durchschnittlichen Verkaufswert von sechs Euro pro Gramm ergibt das einen Jahresumsatz von 1,2 Milliarden bis 2,4 Milliarden Euro. Das ist recht nahe an den Umsatzschätzungen der Vereinten Nationen. Und mehr, als die Bundesregierung für ihre Kulturpolitik ausgibt.

Würde man annehmen, dass der Verkauf in Deutschland legalisiert würde, könnte der Staat hier allein über die Umsatzsteuer zusätzliche Steuereinnahmen von rund 350 Millionen Euro generieren. Nicht einbezogen sind hierbei die Einkünfte über die Infrastruktur, also Unternehmenssteuern und Lohn- und Einkommensteuer von Erwerbstätigen in der gesamten Wertschöpfungskette. Oder eine ganz neue Steuer.

"Natürlich haben wir erstmal 19 Prozent Umsatzsteuer, dann könnte man noch eine extra Cannabissteuer erheben, dass es insgesamt 50 Prozent bis hundert Prozent Steueraufschlag sind. Das würde diesem Preisverfall im Verlauf der Legalisierung entgegenwirken, damit das Zeug nicht zu günstig wird."

Maximilian Plenert ist Sprecher des Bundesnetzwerks Drogenpolitik bei Bündnis 90/Die Grünen und Mitarbeiter beim Deutschen Hanf-Verband. Nach seinen Berechnungen könnte der Staat im Falle einer Legalisierung etwa eine Milliarde Euro durch Steuereinnahmen auf Cannabis generieren.

CANNABIS: DIE INFRASTRUKTUR

Maastricht ist eine niederländische Kleinstadt im Dreiländereck. Touristen aus Deutschland, Belgien und Frankreich kaufen hier ein. Bis vor kurzem auch Haschisch und Marihuana, dessen Handel in den Niederlanden toleriert wird. In der 120.000-Einwohner-Stadt gibt es 13 Verkaufsstellen für Cannabisprodukte, so genannte Coffeeshops. Zu erkennen sind sie an dem szenetypischen Zeichen, dem gezackten Hanfblatt an oder über der Tür. Allerdings haben einige Grenzstädte, darunter auch Maastricht, vor einiger Zeit verfügt, dass Ausländer nicht mehr in die Coffeeshops hinein dürfen. Der Verkäufer im Coffeeshop Heaven Sixty-nine ist empört.

"Das ist sehr schlecht für das Image von Maastricht. Das sind Touristen, die kaufen Musik, essen was, okay, machen eine Jointchen, und das ist es."

Auch deutsche Journalisten müssen vor einem Absperrband im Eingangsbereich stehen bleiben. Wenn die Polizei kommt, was würde passieren?

"Wenn ich dich etwas verkaufe, du gehst raus und die halten dich, dann sind wir sechs Monate geschlossen. Dann sind wir vorbei."

Maastricht ist eine ruhige Stadt. Es ist Freitagnachmittag, das Wetter ist frühlingshaft. Auf den Straßen sind nur wenige Fahrzeuge mit ausländischen Kennzeichen unterwegs. Von internationalem Trubel ist kaum etwas zu spüren. Für die Besitzerin eines kleinen Rauchzubehör-Ladens ist das Ausländer-Verbot des Bürgermeisters daran schuld.

"Die Leute kommen nicht nur für Coffeeshop, die kommen auch für Essen und Hotel und Kleider kaufen. Die kommen eine Weekend nach Maastricht, nicht eine Stunde. Und die bleiben alle weg."

Kleine Heimplantage mit Cannabis-Pflanzen (dpa / Patrick Gherdoussi)Die Stimmung in der Stadt, kann man der Lokalpresse entnehmen, ist geteilt. Viele Einwohner stehen hinter dem Verbot, viele Händler

Sachanträge zum BDT 2015

klagen hingegen über Verluste. Auf den Straßen sind viele Drogenhändler unterwegs. Ein junger Mann bietet an, für mich in einen Coffeeshop zu gehen und Haschisch zu kaufen. Fünf Euro möchte er dafür haben.

"You can see me go inside. In Club 69. I go inside I get Stuff, I come back. You give me five Euro."

Die Nachbargemeinde Heerlen, nur wenig kleiner als Maastricht, hatte es ebenfalls mit einem Verbot versucht. Der neue Bürgermeister Paul Depla schwenkte angesichts der zunehmenden Straßenkriminalität wieder um. Ihm ist das Thema so wichtig, dass er aus seinem Urlaub zurückruft.

"Infolge der Coffeeshops sind die Märkte für harte und weiche Drogen getrennt. Man kann den Drogenkonsum kontrollieren und mit den Besitzern der Coffeeshops Vereinbarungen treffen. Das Problem ist die so genannte Hintertür-Heuchelei: Man darf es kaufen, man darf es verkaufen, aber man darf es nicht anbauen. Das bedeutet, es muss einen illegalen Markt geben! Und den beherrschen nach wie vor kriminelle Organisationen."

Der liberale Politiker ist dafür, auch den bislang verbotenen Anbau in den Niederlanden zu legalisieren. Das würde außerdem noch mehr Geld in die Staatskasse spülen. In der gesamten Provinz Limburg gibt es 25 Cannabisverkaufsstellen. Diese Coffeeshops verkaufen 10.000 Kilogramm Cannabisprodukte pro Jahr, so der Bürgermeister. Bei Preisen von zehn Euro pro Gramm im Durchschnitt, macht Einnahmen von 21 Millionen Euro nur aus der Umsatzsteuer – und nur aus der Provinz Limburg.

Das Ausländer-Verbot für Coffeeshops in vielen niederländischen Grenzstädten wird mit der "Overlast" begründet. Gemeint ist die Belästigung der Anwohner durch Drogentouristen, Lärm, Massenaufläufe.

"Overlast" ist auch in Berlin-Kreuzberg der Anlass für einen unkonventionellen Schritt - in die entgegengesetzte Richtung. Die zunehmende Drogenkriminalität im Görlitzer Park ist den Anwohnern nämlich ein Dorn im Auge.

"Wir haben eine sehr stark steigende Nachfrage aufgrund des steigenden Tourismus bei uns im Bezirk, weil das ist eng miteinander verbunden. Die restriktiven Maßnahmen seitens der Senatsinnenverwaltung, mehrmals in der Woche Razzien im Görlitzer Park durchzuführen, und das machen die jetzt schon sehr lange, hatten null Erfolg."

Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann von den Grünen möchte stattdessen eine so genannte Cannabis-Abgabestelle, also einen Coffeeshop, in Kreuzberg eröffnen. Dies wäre möglich, wenn das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte einen Modellversuch genehmigen würde. Einen entsprechenden Antrag bereitet der Bezirk derzeit vor.

Was wir auch wollen - das unterscheidet uns ganz stark zum Beispiel auch von dem holländischen Modell - wir wollen auch einen kontrollierten Anbau. Dass wir also auch sicherstellen können, dass, was verkauft wird in den staatlichen Läden, auch tatsächlich sauber ist.

Alleingang Berlins würde den Schwarzmarkt nicht austrocknen

Ein Alleingang des Berliner Bezirks würde den Schwarzmarkt allerdings wohl nicht austrocknen.

"Ich hoffe, dass wir nicht in Friedrichshain Kreuzberg die einzigen sein werden, sondern dass es dann für Berlin gilt, im Idealfall für ganz Deutschland. Dann gibt es schon Erfahrungen, dass man den Schwarzmarkt Cannabis stark einschränken bis reglementieren kann."

Sachanträge zum BDT 2015

Nach US-amerikanischem Vorbild sollen in der Kreuzberger Cannabis-Abgabestelle speziell geschulte Mitarbeiter arbeiten, die Käufer auch auf Risiken hinweisen sollen. Das entspricht in etwa dem, was der Deutsche Hanfverband fordert.

"Wir wollen Fachgeschäfte haben wie in Colorado auch, dass es nur bestimmte Shops gibt, wo Cannabis verkauft wird und nicht wie bei Zigaretten und Alkohol in jedem Supermarkt, an jeder Tankstelle man das unter die Nase gerieben kriegt. Auch im Hinblick auf mögliche Suchtgefahren: Es soll ne bewusste Entscheidung sein. Und die Leute sollen sagen, okay, ich kauf jetzt ne Droge, und das ist für mich auch in Ordnung, aber ich gehe dafür auch in einen speziellen Shop."

Die Polizei zeigt Präsenz im Görlitzer Park in Berlin-Kreuzberg, doch die Drogenkriminalität konnte sie bislang nicht in den Griff bekommen. (dpa / picturealliance / Paul Zinken) Bundesweit beziffert der Deutsche Hanfverband den Bedarf auf 3000 Cannabis-Shops mit durchschnittlich fünf Angestellten. Die Mitarbeiter sollen speziell geschult sein, die auch über Risiken der Droge aufklären können. Kontrollierte Qualität im heimischen Anbau, Lebensmittelkontrollen, die gefährliche Streckmittel identifizieren würden, sogar ein Bio-Siegel wäre denkbar. Geschäftsführer Georg Wurth plädiert jedoch dafür...

"...nicht nur in Deutschland angebautes Cannabis zu nehmen, sondern auch den traditionellen Anbauländern eine Chance zu geben. Wie Afghanistan, Marokko, die es auch seit Jahrtausenden machen und auch gute Qualität erzeugen. Und ja auch diese Sorten alle unterschiedlich schmecken und wirken und sich anfühlen. Das ist auch ein Teil Kultur, die man nicht über Bord werfen sollte."

Im US-Bundesstaat Colorado mit seinen fünf Millionen Einwohnern sind seit der Legalisierung angeblich rund 10.000 Arbeitsplätze in der Cannabis-Industrie entstanden. Auf Deutschland umgerechnet würden diese Zahlen bedeuten, dass mit 150.000 Arbeitsplätzen in der Drogenindustrie zu rechnen wäre. Wie in den USA sollten nach den Vorstellungen des Hanf-Verbands alle Arbeiter eine spezielle Lizenz erhalten. Um auszuschließen, dass Kriminelle den Arbeitsmarkt unterwandern, sollten sie polizeilich überprüft werden. Hier würde sowieso eine ganz andere Klientel zum Zuge kommen, glaubt Georg Wurth vom Hanfverband. Denn es seien auch neue Kompetenzen gefragt.

"Wer im jetzigen Schwarzmarkt erfolgreicher Unternehmer ist, der muss eben nicht nur anbauen können, der muss auch verstecken können, intrigieren können, der muss Konflikte auf andere Art lösen können als mit Recht und Gesetz. Im legalen Markt wird es viel mehr um Marketing gehen, da muss man eben auch vernünftig Buchführung machen können, da muss man eine Steuererklärung vernünftig machen können, mit Behörden umgehen. Also ganz normaler Marktteilnehmer sein."

CANNABIS: DIE KONSUMENTEN

Zurück im Görlitzer Park in Berlin. Die Dealer sind jeden Tag dort. Sie verbringen hier ihre Zeit, gemeinsam mit Freunden. Für die Polizei ist es schwer zu unterscheiden, wer hier Drogen verkauft und wer nicht.

"Sie kommen jeden Tag, fast jeden Tag. Und sie rennen hinter uns her. Und sie schlagen uns. Einmal war wieder eine Razzia. Ich bin ich vor der Polizei weggerannt, wie viele andere. Irgendjemand muss wohl einen Beutel mit Gras verloren haben. Aber es war nicht meins. Sie fassten mich, zeigten mir das Gras und sagten: Das ist dein Gras. Ich verstehe kaum deutsch und konnte nichts erwidern. Sie sprachen miteinander und sperrten mich ins Gefängnis."

Allein im ersten Halbjahr 2013 führte die Berliner Polizei dort 59 Einsätze durch und überprüfte über 400 Personen. 79 Menschen wurden verhaftet und 93 angezeigt. Ohne Erfolg. Nach wie vor wird im Görlitzer Park massiv gedealt.

Sachanträge zum BDT 2015

"Wir hatten ganz schnell die Erfahrung: Für jeden Dealer, den wir in den Ermittlungen hatten – wir hatten ja nicht nur Konsumenten – sind auch sofort wieder neue da. Lücken schließen sich permanent."

Frank Tempel, Bundestagsabgeordneter der Linken, ist selbst Kriminalpolizist. Er war drei Jahre lange in Thüringen speziell für die Verfolgung von Drogendelikten zuständig.

"Man bekommt auch mit, dass es völlig aussichtslos ist, diese Szene mit polizeilichen Mitteln zu bekämpfen. Das war, wie wenn ich mit einem Hammer auf einem Gebirge rumhauere und der Meinung bin, irgendwann werde ich das Gebirge schon abgetragen haben."

Viele hundert Menschen demonstrierten bei der Veranstaltung für die Legalisierung von Cannabis. (picturealliance / dpa / Rainer Jensen) Neun von zehn der Delikte, die Frank Tempel verfolgte, standen im Zusammenhang mit Cannabis. Die Verfolgung hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Das liegt vor allem an den neuen Drogentests, die schon auf Schweiß reagieren, binnen Sekunden möglichen Drogenkonsum anzeigen und nur wenige Euro in der Anwendung kosten. Rund 100.000 Strafverfahren im Jahr werden nur wegen Besitz kleiner Mengen Cannabis angestrengt.

"Bemerkenswert war, dass meine Tätigkeit sehr stark auf Kontrolldruck auf Konsumenten ausgerichtet war. Also tatsächlich auf die Gruppe, wo ja das Bundesverfassungsgericht sagt: Bei geringer Menge ist die Strafverfolgung unverhältnismäßig. Deswegen auch eine sehr hohe Einstellungsquote bei den Verfahren, die wir aufgemacht haben. Ein sehr hoher Aufwand für ein Delikt, wo dann am Ende eingestellt wird. Ja, und da kriegt man so ein bisschen Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Berufes."

Eine Studie der Universität Duisburg-Essen aus dem Jahr 2010 hat untersucht, wie viel Geld der Staat im Zusammenhang mit illegalen Drogen ausgibt. Für die Bereiche Vorbeugung und Strafverfolgung errechneten die Autoren zwischen 3,7 und 4,6 Milliarden Euro. Im Bereich Justiz entstehen Kosten von 1,2 Milliarden Euro, allein Gefängnisaufenthalte schlagen mit einer halben Milliarde Euro zu Buche.

Wie viel davon auf Straftaten im Zusammenhang mit Cannabis zurückgeht, das lässt sich nur schätzen. Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen geht davon aus, dass Deutschland für die Verfolgung von Cannabisdelikten 1,6 Milliarden Euro pro Jahr ausgibt.

Maximilian Plenert: *"Cannabis macht halt den Großanteil aus. Da ist auch ein großer Anteil die konsumbezogenen Delikte, wo es gar nicht um Handel geht. Da könnte man denken, das sind doch sehr günstige Fälle, wo der Polizist nur ne Strafanzeige schreibt und die Sache im Zweifelsfall sogar relativ schnell eingestellt wird. Aber selbst bei diesen konsumbezogenen Delikten sind auch Großrazzien dabei, wo mal ne Hundertschaft ne Diskothek stürmt. Wenn man teilweise in der Zeitung liest: Hier Sondereinsatzkommando, 30 Wohnungen durchsucht und dann wurden nur paar Gramm gefunden. Das sind auch nur Besitzdelikte, obwohl das ein gigantischer Personalaufwand ist. Grad Telefonüberwachung ist ne richtig teure Sache und wird teilweise bis zur Ebene des kleinen Konsumenten angewendet."*

Im Fall einer Legalisierung könnte man hier hohe Summen einsparen, glaubt Hanfverbandschef Georg Wurth.

"Über den ganzen Apparat hinweg würde ich doch sagen, dass mindestens 80 Prozent der Kosten wegfallen."

Deutschland - eine Kifferrepublik?

Was aber würde geschehen, wenn Cannabis legal wäre? Würde ganz Deutschland zur Kifferrepublik? Mit diesen Fragen beschäftigt sich der Medizinsoziologe Raphael Gaßmann, Geschäftsführer der

Sachanträge zum BDT 2015

Hauptstelle für Suchtfragen im westfälischen Hamm. Die Hauptstelle wird von den Trägern der Suchthilfe unterhalten und erhält Bundeszuschüsse. Sie soll als neutrale Institution Sachlichkeit in die Drogendebatte bringen. Gaßmann zitiert eine Studie im Jahresbericht von 2011 der Europäischen Drogenbeobachtungsstelle.

"Wie entwickelt sich in verschiedenen europäischen Staaten das Cannabisrecht, wo zieht die Rechtssituation die Verfolgung an, wo wird sie entspannter, und wie entwickelt sich gleichzeitig diesen Staaten der Konsum: Rauf, Runter? Und sie haben festgestellt: Es lässt sich kein Zusammenhang beobachten zwischen der Rechtsentwicklung und der Konsumententwicklung."

Es ist nicht abzusehen, ob die Zahl der Konsumenten mit einer Legalisierung zunehmen würde oder nicht. Es bleibt nur der Vergleich mit Nachbarländern mit ähnlicher Sozialstruktur.

Teilnehmerin der Demonstration "Hanfparade" (Berlin) hält ein Plakat hoch, das einer Aspirin-Schachtel nachgeahmt ist. (Imago / IPON) Etwa den Niederlanden. Nach der Tolerierung von Cannabis wurde ein leichter Anstieg der Konsumentenzahlen beobachtet, der mit der Zeit wieder zurückging. Bezogen auf die Einwohnerzahl, kiffen in Holland etwa genauso viele Menschen wie in Deutschland. Die Prävention, betont Gaßmann, die Aufklärung über die Gefahren der Droge, würde aber weiterhin eine wichtige staatliche Aufgabe bleiben.

"Für 40 oder 50-Jährige oder auch 30-jährige Konsumenten, egal ob mal am Wochenende oder auch öfter konsumieren - in der Regel ist das gesundheitlich in einem überschaubaren Problemrahmen. Die haben ihre Berufe, die bestehen in ihrem Alltag und so weiter. Aber: Für junge Menschen, die viel konsumieren, ist das eine extrem riskante Substanz."

Junge Menschen, die regelmäßig viel kiffen, müssten fast zwangsläufig davon ausgehen, dass sie Probleme bekommen, ihren Alltag zu bewältigen. Das ist bereits jetzt so, und auch eine Legalisierung würde daran wohl nicht viel verändern. Entscheidender Unterschied wäre, dass staatliche Stellen eine Möglichkeit zum Eingreifen hätten - etwa über den Jugendschutz.

"Der Vorteil wäre, wenn ich später eine Wirtschaft überwache - auch da hätten wir gerne sehr strenge Regeln, strenger als wir beispielsweise heute beim Alkohol haben – dass beispielsweise, wenn dann Testkäufe durchgeführt werden und Verstöße festgestellt werden, dann auch Bußgelder fällig werden, die sich nach dem Umsatz des Geschäfts orientieren, damit es auch wehtut."

Weiteres Regulierungspotenzial böte auch die Gestaltung des Steuerrechts. Eine Erfolgsgeschichte der Drogenpolitik ist der starke Rückgang des Tabakkonsums seit einigen Jahren unter Jugendlichen. Als ein wichtiger Grund gilt die allmähliche Erhöhung der Tabaksteuer. Sie macht etwa 75 Prozent des Verkaufspreises aus.

"Was funktioniert in der Prävention legaler Substanzen: Hohe Preise, eingeschränkte Verfügbarkeit, keine Werbung. In der Reihenfolge."

Auf illegale Drogen - wie eben Cannabis - sei diese Form von Einflussnahme nicht übertragbar.

"Wir haben ganz gute Cannabispräventionsmodelle entwickelt für eine Art späterer Prävention, also für Menschen, die schon konsumieren, gerade jüngere Menschen, die schon konsumieren, wenn Probleme einsetzen oder wenn man befürchten muss, dass Probleme kommen. Dazu gibt es Online-Modelle und Beratungsmodelle, da hat sich sehr viel getan in den letzten zehn Jahren. Aber was besonders in Deutschland zu kurz gesehen wird, sind die Möglichkeiten der Prävention, wenn sie speziell ist und wenn sie grundsätzlich ist."

Sachanträge zum BDT 2015

Ein Beispiel wäre die Beratung für besorgte Eltern, noch bevor ihre Kinder in eine Drogenkarriere abrutschen. Sie können sich über eine Telefonhotline oder auch persönlich bei den über 1.000 Drogenberatungsstellen in Deutschland beraten lassen. Ein entsprechender Flyer der Hauptstelle für Suchtfragen hatte so viele Anfragen zur Folge, dass die Drogenberater aus Personalmangel kapitulieren mussten.

"Wenn wir jetzt Steuereinnahmen auf Cannabiskonsum – davon Stellen schaffen könnten in den Beratungseinrichtungen: das wäre wunderbar. Da hätten wir einen Frühinterventions- und Präventionsansatz, den gibt es bisher nicht, der ist erfolgreich, der ist sinnvoll und viele Eltern wären erleichtert und würden sich freuen."

Cannabis-Pflanze (dpa / picturealliance / Abir Sultan) Auch Maximilian Plenert von den Grünen weiß bereits, wofür er die zusätzlichen Einnahmen verwenden würde.

"Wenn wir eine Milliarde nehmen würden und würden die sagen, wir stecken das komplett in Suchtprävention: Das wäre eine halbe Stelle an jeder Schule in Deutschland einer speziell geschulten Fachkraft. Ich glaube, das wäre Prävention in einem Maßstab, die wirken könnte."

Ein kontrollierter Markt für Cannabis-Produkte – so wie er in den USA in Colorado und Washington State existiert und bald wohl auch in Florida und im District of Columbia mit der Hauptstadt Washington geschaffen wird, ist in Deutschland derzeit wohl kaum denkbar.

Andererseits ist auch hierzulande die Debatte voll entbrannt. Fakten werden bereits geschaffen. 270 Personen, meist Schmerzpatienten, sind in Deutschland im Besitz einer Sondergenehmigung. Sie dürfen Cannabis-Blüten aus der Apotheke erwerben und konsumieren. Im Juli gab es ein höchstrichterliches Urteil, dass diesen Menschen auch der private Anbau von Medizinalhanf erlaubt werden müsse.

Eine Legalisierung von Cannabis in Deutschland hätte einen massiven Boom zur Folge. In den USA hat ein ehemaliger Microsoft-Manager bereits erklärt, er wolle der weltgrößte Cannabis-Händler werden. Auch die Konzerne sitzen schon in den Startlöchern.

"Machen wir uns doch nichts vor: Wenn wir eine international weitgehend ähnliche Situation beim Cannabis hätten wie beim Tabak - nur als Beispiel, nicht als Unterstellung – dann hätten wir Marlborough Grün nicht mit Menthol, sondern mit THC. Das ist ein Industriezweig, im Moment ein illegaler, mit riesigen Gewinnspannen, und wenn das ein legaler ist, ist es einer mit geringeren Gewinnspannen."

Die illegalen Konzerne, die kriminellen Banden, würden ihr Geschäftsmodell verändern - und sich anpassen. Das Nachsehen würden die Dealer im Görlitzer Park in Berlin-Kreuzberg haben. Sie würden dann arbeitslos.

"Dann werden die Leute also in den Coffeeshop gehen und dort kaufen, was sie wollen. Aber was sollen wir dann tun? Die Leute, die bisher verkaufen, werden anfangen zu stehlen oder sie werden auf der Straße betteln gehen."

Oder sie verkaufen Kokain. Das wäre das einfachste.

Quelle: http://www.deutschlandradiokultur.de/wirtschaftsfaktor-cannabis-legalisierung-koennte-einen.976.de.html?dram:article_id=328530

Sachanträge zum BDT 2015

5. Streit um Legalisierung von Cannabis "Das Leben ist voller riskanter Dinge"

Von Axel Schröder

Im "Schildower Kreis" treffen sich Juristen, Kriminologen, Psychotherapeuten, Juristen und Erziehungswissenschaftler. Sie setzen sich gegen ein Cannabis-Verbot ein - das sei teuer, unverhältnismäßig und vor allem gescheitert.

Eine Cannabis-Legalisierung ist längst überfällig. Das finden zumindest die meisten Passanten in einem kleinen Park im Hamburger Schanzenviertel:

"Ich wäre dafür, in jedem Fall. Weil es dann diese ätzenden Beschaffungswege nicht mehr gibt."

"Im Park von irgendwelchen Leuten, schlechte Qualität, zu wenig, immer unangenehme Atmosphäre. Oft aggressiv."

"Nee! Haschisch, das ist ja Gift! Das macht ja blöd."

"Ist doch jedem seine Sache, oder?"

Obwohl die Droge illegal ist, haben rund 40 Prozent der 25-39 Jährigen sie schon – mindestens –einmal ausprobiert. Für den emeritierten Kriminologie-Professor Sebastian Scheerer sind die Zahlen ein Beleg dafür, dass die Cannabis-Verbotspolitik gründlich gescheitert ist.

Sebastian Scheerer: *"Wir können nicht das Strafgesetz benutzen, um Leute zu zwingen, so zu leben, wie eine Gruppe von Gesetzgebern es für vernünftig hält. Das ist doch völlig absurd."*

Konsum gehört für viele längst zum Alltag

Stattdessen solle endlich akzeptiert werden, dass der Cannabis-Konsum für Millionen Deutsche längst zum Alltag gehört. Viel zu oft gerieten durch die Haschisch-Kriminalisierung Menschen ins Visier der Strafverfolgungsbehörden, deren einziges Vergehen darin besteht, sich lieber mit Cannabis als mit Alkohol zu berauschen.

Scheerer gehört dem sogenannten "Schildower Kreis" an, einer Gruppe von Juristen, Kriminologen, Psychotherapeuten, Juristen und Erziehungswissenschaftlern. Ihr Legalisierungs-Manifest wurde von 122 deutschen Strafrechtsprofessoren unterzeichnet. Der Tenor: der Versuch, mit Hilfe des Strafrechts eine Cannabis-Prohibition durchzusetzen sei teuer, unverhältnismäßig und vor allem eins: gescheitert. Fragt man Prof. Rainer Thomasius, den Leiter des Deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters am Uni-Klinikum Hamburg-Eppendorf nach seiner Meinung zu Scheerers Thesen, atmet er erst einmal tief durch, verdreht die Augen:

Rainer Thomasius: *"Wir haben zwei riesengroße Probleme mit Substanzen in Deutschland, durch Rauchen, durch Alkohol verursacht. Und es droht nun, dass zu diesen zwei Problem-Substanzen sich eine dritte Substanz in massenhaftem Verhältnis verbreitet. Und das wiederum bedeutet, dass wir einen Zuwachs hätten an suchtkranken Menschen."*

Besonders groß seien die Gefahren für Kinder und Jugendliche, so Thomasius. Jeden Tag kümmern er und sein Team sich um junge abhängige Cannabis-Konsumenten. Sie leiden unter Psychosen, Schizophrenien, unter Wahrnehmungsstörungen oder Antriebslosigkeit. Die Befürworter einer Legalisierung wenden ein: es gehe ja nicht um eine völlig regellose Freigabe der Droge. Natürlich würden nur Erwachsene, in der Apotheke oder im Supermarkt ihr Gras oder Marihuana kaufen dürfen.

Sachanträge zum BDT 2015

Dort würde dann auch nur beste Ware verkauft werden, kein, zum Beispiel mit Blei gestrecktes Dope, um das Gewicht zu erhöhen.

Heranwachsende könnten lernen, mit der Droge umzugehen

Eine Haschisch-Freigabe, ein offener, aufgeklärter Umgang mit der Droge würden die Gefahren für alle Bevölkerungsgruppen senken, so die Befürworter. Ähnlich wie beim Alkohol könnten dann Heranwachsende lernen, wie man mit der Droge umgehen sollte. Wenn sich die Eltern nur am Wochenende eine Tüte drehen, nur wenig Haschisch hineinbröseln, wenn klar ist, dass man bestimmte hochgezüchtete, sehr starke Sorten besser meidet, könne das die Gefahren des Hasch-Konsums von jungen Erwachsenen mindern. Auf entsprechende Studien verweist Heiko Mohrdiek, Anwalt in Hamburg und Mitglied im Schildower Kreis.

Heiko Mohrdiek: *"Dort lässt sich feststellen, dass insbesondere in jenen Ländern wo die Repression, die Strafverfolgung besonders betont wird, besonders ausgeprägt ist, eigentlich der höchste Anteil an Konsumenten besteht. Zum Beispiel Frankreich und Dänemark. Und dort, wo es eher ein bisschen freiheitlicher gehandhabt wird, die Zahlen niedriger sind."*

Mohrdieks Kollege aus dem "Schildower Kreis" Wolfgang Scheerer hält es für eine Anmaßung, und Illusion die Menschen durch Strafandrohung zu einer gesünderen und risikolosen Lebensweise zwingen zu können. Natürlich sei der Konsum von Drogen, von Alkohol, Zigaretten und Cannabis nicht ohne Risiko. Aber:

Scheerer: *"Das sind Risiken wie in der Liebe, beim Sex, beim Alkoholtrinken, beim Autofahren. Das Leben ist voller riskanter Dinge. Und wenn man besonders sportlich ist, dann fährt man noch Ski. Und dann macht man noch Fallschirmspringen. Das sind alles Sachen, die riskant sind. Und die wollen gekonnt sein. Und die wollen gelernt sein. Aber ich möchte mir nicht eine Gesellschaft vorstellen, wo Herr Thomasius dann das Fallschirmspringen verbietet, das Skifahren und so weiter und so fort. Das würde ich dann doch gerne die Menschen selber entscheiden lassen."*

Quelle: http://www.deutschlandradiokultur.de/streit-um-legalisierung-von-cannabis-das-leben-ist-voller.976.de.html?dram:article_id=324764

Votum der Antragskommission:

Nicht Befassung, dieser Antrag kann keinem Delegierten zugemutet werden

Kreisverband Meppen (Antrags-Nr. 10)

„Die Junge Union im Bezirksverband Osnabrück-Emsland fordert die Entscheidungsträger auf allen politischen Ebenen dazu auf, im Kontext des zweifelsohne dringend erforderlichen Breitbandausbaus und der Digitalisierung den dringend benötigten Ausbau des Mobilfunknetzes nicht zu vergessen und auch hier kurzfristig Verbesserungen anzustreben.“

Begründung:

„Der Bezirksverband Osnabrück-Emsland ist mitunter auch von seiner ländlichen Struktur und der Nähe zu den Niederlanden geprägt. Immer noch stellt sich in vielen ländlichen Bereichen nicht die Frage, welche Geschwindigkeit bei der mobilen Datenübertragung erreicht werden kann, sondern ob

Sachanträge zum BDT 2015

überhaupt eine Mobilfunkverbindung zustande kommt. Zudem kommt es im Grenzbereich und beim Grenzübertritt immer wieder zu Problemen beim Wechsel zwischen den deutschen und den niederländischen Anbietern, sodass zeitweise gar kein Netz oder das „falsch“ Netz zur Verfügung steht.

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Grafschaft Bentheim (Antrags-Nr. 11)

„In das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) ist eine Schuldenbremse für Kommunen aufzunehmen“

Begründung:

Ab dem Jahr 2020 ist Niedersachsen durch das Grundgesetz gehindert, neue Schulden zu machen. Auch die Bundesrepublik Deutschland ist gem. Art. 109 III GG daran gehindert, eine Nettoneuverschuldung von über 0,35 % des BIP zu machen. Die Schuldenbremse greift in den nächsten Jahren damit für zwei von drei Staatsebenen (Kommunen, Land, Bund).

Die JU Grafschaft Bentheim befürchtet, dass das Land Niedersachsen ab 2020 (ggf. schon früher) eine Tendenz zur Verschiebung von Aufgaben auf die kommunale Ebene entwickelt. Unabhängig vom [Konnexitätsprinzip](#) besteht die Gefahr, dass die Belastungen für die kommunale Ebene erheblich steigen. Das Land Niedersachsen muss durch eine Änderung des NKomVG sowie der Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (GemHKVO) dafür sorgen, die Kommunen vor einer künftig drohenden erdrückenden Schuldenlast zu schützen. Aus Sicht der JU besteht kein nachvollziehbarer Grund dafür, dass die sog. „Keimzelle der Demokratie“ (= Kommune) weiterhin Schulden machen darf, während Land und Bund daran gehindert sind. Besonders dramatisch wird diese Vorstellung, wenn die Schuldenlast deswegen entsteht, da das Land Aufgaben abschiebt und auf diese Art die Schuldenbremse auf Landesebene, zu Lasten der Kommunen, einhält.

Gleichzeitig wird dem Land durch eine entsprechende Regelung in dem formalen Gesetz deutlich, dass es künftig keine kostspieligen Aufgabenverschiebungen ohne vollständige Übernahme der Kosten auf die kommunale Ebene geben kann (und darf).

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 12)

„Die Junge Union im Bezirk Osnabrück-Emsland fordert eine Vereinheitlichung der Anforderungen von Taschenrechnern im Abitur und im Studium. Es sollten gleiche Standards bei den Funktionsmöglichkeiten der Geräte herrschen.“

Begründung:

Während des Abiturs wird zum größten Teil in den naturwissenschaftlichen Fächern ein programmierbarer Taschenrechner (meist Typ: Ti 84 plus) verwendet. Dieser verfügt über diverse Zusatzfunktionen wie zum Beispiel das selbständige Erstellen von Graphen und die dazu gehörige graphische Berechnung von Nullstellen, Scheitelpunkten, Extrempunkten usw. - Weiterhin verfügen

Sachanträge zum BDT 2015

diese oben benannten Geräte über die Möglichkeit zum Abspeichern von Formeln oder sogar zum Betreiben von Unterhaltungsprogrammen.

All diese genannten Zusatz Funktion sind in den meisten Lehrveranstaltungen der naturwissenschaftlichen Module nicht zulässig. Die Nutzung der Rechner mit extra Funktion ist nicht erwünscht und laut den lehrenden Dozenten nicht zielführend um komplexe Sachverhalte in zum Beispiel der Mathematik oder Physik verständlich zu begreifen.

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Osnabrück Land (Antrags-Nr. 13)

Die Junge Union im Bezirksverband Osnabrück – Emsland fordert das Land Niedersachsen, insbesondere die Landesregierung auf, sich schnellstmöglich der Situation in der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende in Hesepe im Landkreis Osnabrück, sowie allen anderen niedersächsischen Erstaufnahmeeinrichtungen, anzunehmen. Es muss eine menschenwürdige Unterbringung für die dort lebenden Menschen geschaffen werden und eine Lösung für die weitere Organisation und Struktur der Erstaufnahmeeinrichtungen in Niedersachsen gefunden werden.

Begründung:

Die Situation im Erstaufnahmeeinrichtung Hesepe gerät mehr und mehr außer Kontrolle, es ist nicht bekannt, wie viele Menschen derzeit dort untergebracht sind, eines steht fest, die geplante Aufnahmekapazität von 600 Menschen ist mit derzeit geschätzten 3000 Bewohnern, schon lange überschritten und der Zustrom hört nicht auf. Sowohl die medizinische und allgemeine Gesundheitsversorgung, sowie die Frage, wie im kommenden Winter die Bewohner situationsgerecht versorgt werden können, sind nicht gewährleistet bzw. beantwortet. Die Überfüllung der Einrichtung, im Zusammenspiel der dort vorhandenen kulturellen Unterschiede, und die Ansiedlung der Einrichtung in einem Ort, deren Einwohnerzahl normalerweise bei ca. 2500 Menschen liegt, führt immer wieder zu eskalierenden Situationen und vermehrten Polizeieinsätzen. Der Landkreis Osnabrück kann bei dieser Aufgabe unterstützend tätig sein, die Hauptverantwortung liegt jedoch beim Land Niedersachsen.

Votum der Antragskommission:

Annahme mit Änderung:

Insbesondere auch auf die Nöten und Sorgen der Anwohner ist ein Augenmerk zu legen.

Kreisverband Meppen (Antrags-Nr. 14)

„Die Junge Union fordert die Einrichtung von Programmen zur Stärkung des interkulturellen Austauschs zwischen (jungen) Menschen in Europa. Dabei sollen keine klassischen Partnerschaften zu angrenzenden Ländern, sondern insbesondere Partnerschaften und Aktionen gefördert werden, die zu einem Verständnis der Situation in den Ländern, die z.B. zur Zeit in finanzieller Schieflage stehen erfolgen. So wäre ein stärkerer Austausch zwischen jungen Menschen in Deutschland und denen in Griechenland oder etwa in Spanien wünschenswert, um gesellschaftliche Akzeptanz und Kenntnis herbeizuführen.“

Begründung:

„Angesichts der großen Aufgaben und vielen Krisen die die Europäische Union zur Zeit zu bewältigen hat, sollte es oberstes Ziel sein, den Zusammenhalt und das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger

Sachanträge zum BDT 2015

in den Mitgliedsstaaten zu fördern. So stand und steht z.B. das Thema der Griechischen Finanzen seit langem auf der Tagesordnung. Im Bezirksverband Osnabrück-Emsland gibt es jedoch keine Schul- oder Städtepartnerschaften und intensiven Austausch mit den Menschen in Griechenland. Zur Förderung des Beidseitigen Verständnisses der jeweiligen Situation und im Kontext einer europäischen Gemeinschaft sollte es unser Ziel sein, nicht nur den Austausch mit den Nachbarstaaten zu suchen. Die Einrichtung eines Jugendwerks wie etwa dem deutsch-französischen oder deutsch-polnischen Jugendwerks wäre eine Option, um Jugendlichen die Situation in Griechenland näher zu bringen und falschen Informationen und Abgeneigtheit gegenüber der EU und Solidarität vorzubeugen, denn nur gemeinsam können wir die Herausforderungen der Zukunft meistern.“

Votum der Antragskommission: Ablehnung

Kreisverband Grafschaft Bentheim (Antrags-Nr. 15)

„Das Durchschnittsalter auf den Kommunalwahllisten der CDU darf auf den ersten 8 Plätzen maximal 10 % über dem Durchschnitt der Bevölkerung liegen“

Begründung:

Die CDU muss sich in den kommenden Jahren drastisch verjüngen. Ein wichtiger Punkt zur Einbindung junger Mitglieder ist der Kommunalwahlkampf. Die CDU hat mit dem Vorhaben, bei der Kommunalwahl 2016 vermehrt junge Leute einzubinden, bereits auf die Forderung der JU Niedersachsen reagiert. Zusätzlich sollte auf den vorderen Listenplätzen ein breiter Schnitt durch die Bevölkerung abgebildet werden. Durch die aktuelle Regelung, die in jedem Fall beibehalten werden soll, wird jedoch u. U. ein 40 Jähriger auf Platz drei und ein 30 Jähriger auf einem sechsten Platz gestellt. Gleichzeitig können die sog. „Platzhirsche“ weiterhin die aussichtsreichen Plätze einnehmen. Durch die oben vorgeschlagene Regelung wird erreicht, dass die Liste insgesamt jünger wird und alte CDU-Mitglieder, die bereits lange Jahre im Rat vertreten sind, Platz für die junge Generation machen müssen. Durch diese Regelung können die oftmals unbekanntten jungen Kandidaten von der Liste profitieren, während auch für die älteren CDUler ein Ansporn besteht, CDU Politik öffentlichkeitswirksam nach außen zu vertreten, um ihre Person bekannter zu machen und so im Rahmen einer Personenwahl in die Räte einzuziehen.

Votum der Antragskommission: Ablehnung

Kreisverband Meppen (Antrags-Nr. 16)

„Die Junge Union fordert die rot-grüne niedersächsische Landesregierung und insbesondere den niedersächsischen Innenminister auf, im Interesse der tatsächlichen Kriegsflüchtlinge und der Aufrechterhaltung geordneter Abläufe in den Erstaufnahmeeinrichtungen, konsequent und ohne größere zeitliche Verzögerung die Abschiebung von Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive zu vollziehen.“

Begründung:

„Um zu geordneten Zuständen zurückkehren zu können und Kriegsflüchtlingen die Hilfe zukommen lassen zu können, die sie benötigen, ist es erforderlich, dass (Wirtschafts-)Flüchtlinge ohne dauerhafte Bleibeperspektive konsequent abgeschoben werden. Sie beanspruchen die finanziellen und kapazitiven Ressourcen unseres Landes, in dem sie als "Geduldete" die gleichen finanziellen Mittel

Sachanträge zum BDT 2015

wie asylberechtigte Flüchtlinge erhalten und die gleichen Verfahren durchlaufen. Dieser Form des Asylmissbrauches muss in Form von konsequenter und beschleunigter Abschiebung vorgebeugt werden, auch um die Ressourcen für die wirklich Hilfebedürftigen aufzubringen. “

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 17)

„Die Junge Union im Bezirk Osnabrück-Emsland fordert für die Angestellten im gesamten Pflegesektor verbesserte Arbeitsbedingungen. Wir fordern einen höheren Personalschlüssel, eine bessere Vergütung der Arbeitszeit, insbesondere für Wochenenden und Feiertage, und besonders eine höhere Anerkennung der geleisteten Arbeit sowie einen höheren Stellenwert in Gesellschaft als Bestätigung für das Anerkennen zum Beitrag am Allgemeinwohl“

Begründung:

Die Pflege bekommt insbesondere durch den demographischen Wandel immer mehr an Stellenwert in der Gesellschaft. Gut ausgebildete Pflegekräfte sind knapp. Die Bezahlung und das Ansehen dieser Berufe ist schlecht und wird oft als unwichtige Hilfsarbeit abgewertet. Diese Situation wird sich in den nächsten Jahren weiter zuspitzen, wenn sich nichts ändert. Schultern müssen dieses Defizit unsere Pflegekräfte auf dem Rücken unserer Pflegebedürftigen. Insbesondere diese, unsere vielleicht sogar Angehörigen, leiden unter der Unterbesetzung der Pflegeeinrichtungen mit niedrigen Personalschlüsseln.

Durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der oben benannten Berufe soll dieser Entwicklung entgegen gewirkt werden.

Votum der Antragskommission:

Verweis an Bezirksausschuss

Kreisverband Grafschaft Bentheim (Antrags-Nr. 18)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland setzt sich dafür ein, dass Landkreise ausschließlich an ausgewiesenen Unfallschwerpunkten und vor Schulen und Kindergärten/Kindertagesstätten Geschwindigkeitsmessungen durchführen dürfen.

Begründung:

Zu oft suchen sich Landkreise Standorte aus, an denen es noch nie zu Unfällen gekommen ist, diese aber durch örtliche Gegebenheiten besonders lukrativ sind.

So werden oft Räume einer 70er Zone zwischen zwei Ampeln kontrolliert, obwohl weder die Ampeln, noch der Zwischenraum einen Unfallschwerpunkt darstellen.

Ebenso beliebt sind Messpunkte kurz vor einer Ortsausfahrt.

Diese Kontrollen haben mit der eigentlichen Funktion, nämlich der Unfallprävention, nichts gemein.

Sachanträge zum BDT 2015

Die Standorte für Geschwindigkeitsmessungen sollten sich an den Vorgaben der örtlichen Polizei orientieren.

Votum der Antragskommission:

Annahme mit Änderung:

Streiche „Lankreis“, setze „Behörden“

Kreisverband Meppen (Antrags-Nr. 19)

„Wir fordern die rot-grüne Landesregierung auf, von der Schließung von Förderschulen (Themenschwerpunkt Lernen) abzusehen und den Eltern und Schülern die Wahlfreiheit zu erhalten.“

Begründung:

„Das rot-grüne bildungspolitische Inklusionsprogramm und die damit einhergehende Schließung von Förderschulen mit dem Themenschwerpunkt Lernen ist aus reiner Ideologie umgesetzt worden und nicht mit einem geordneten Schulablauf vereinbar. Statt förderungsbedürftige Kinder auf eine eigens dafür eingerichtete Förderschulen, mit dafür ausgebildeten Lehrkräften und bereitstehenden Kapazitäten, zu schicken, sind Eltern nun gezwungen ihre Kinder an Regelschulen unterzubringen. Das mag in einigen Fällen sinnvoll und von betroffenen Eltern und Schülern gewollt sein, flächendeckend werden dadurch aber Probleme geschaffen und Ressourcen verschwendet. Einerseits fehlt an den Oberschulen dafür ausgebildetes Personal (sowohl seitens der Lehrkräfte als auch Sozialpädagogen), andererseits ist es nicht im Interesse der Oberschullehrer die aufwendige Bildung und Erziehung von förderbedürftigen Schülern zu übernehmen. Dazu kommt, dass betroffene Eltern und Schüler größtenteils im Förderschulbetrieb verbleiben möchten. Zusätzlich ist die Zukunft der Förderschuleinrichtungen, mit ihren Gerätschaften, speziellen Einrichtungen und ihrem angepassten Umfeld, so wie die Zukunft der Förderschullehrer unklar. Solche Ressourcen dürfen nicht einfach verschwendet werden, gerade angesichts des noch kommenden Förderbedarfs für Flüchtlinge. Aus Sicht der Jungen Union sollte daher den Eltern und den Schülern die Wahlmöglichkeit erhalten bleiben, für welches System sie sich entscheiden.“

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 20)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert eine Stärkung der Grundschulen vor Ort. Weiterhin fordern wir die Landesregierung dazu auf, die Rahmenbedingung der Grundschularbeit an die heutigen Herausforderungen anzupassen.“

Begründung:

Die Grundschulen in den kleinen Ortschaften sind ein Synonym für die Lebendigkeit einer Ortschaft und werden oftmals als Aushängeschild benutzt. Gerade im ländlichen Raum sind Grundschulen ein wichtiger Bestandteil der örtlichen Infrastruktur. Getreu dem Motto „kurze Wege für kurze Beine“ profitieren die Kinder von der räumlichen Nähe ihrer Grundschule zum Wohnumfeld. Demnach gilt es

Sachanträge zum BDT 2015

die Rahmenbedingungen so anzupassen, dass der kommunale Schulträger die Möglichkeit hat, den Schulbetrieb kleiner Grundschulen aufrecht zu erhalten.

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Osnabrück Land (Antrags-Nr. 21)

Die Junge Union im Bezirksverband Osnabrück – Emsland spricht sich für die Beibehaltung des Königsteiner Schlüssels, zur Verteilung der Asylbewerber auf die einzelnen Bundesländer, aus.

Begründung:

Der Königsteiner Schlüssel orientiert sich an der Einwohnerzahl und dem Steueraufkommen der Bundesländer und ist damit eine aussagekräftige Berechnungsgrundlage. Schon jetzt werden die gesetzlich vorgeschriebenen Zahlen nicht in allen Bundesländern konsequent umgesetzt, mögliche Gründe sind, zum einen die langen Bearbeitungszeiten der Anträge und zum anderen Sonderregelungen für Erstaufnahmeeinrichtungen. Eine Abschaffung dieser Berechnungsgrundlage würde das herrschende Ungleichgewicht daher nur noch verstärken.

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Grafschaft Bentheim (Antrags-Nr. 22)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die genaue Kartierung und Renaturierung aller Ackerränder in Niedersachsen.

Begründung:

Mit dem Lauf der Zeit und durch den Einsatz immer größerer Maschinen, haben sich viele Ackergrenzen verschoben. Diese Ackerränder haben oft eine Breite von einem oder sogar mehreren Metern, die so als Unterschlupf für Tiere fehlen. Diese Seitenräume haben eine wichtige Funktion in den Wanderbewegungen der Wildtiere und bieten, im Gegensatz zu den großen Ackerflächen, auf einem verhältnismäßig kleinen Raum eine große Artenvielfalt. In der immer weiter wachsenden Mais-Monokulturlandschaft sind diese Rückzugsgebiete von enormem ökologischem Wert. Viele bedrohte Tierarten wie z.B. Rebhühner finden hier Unterschlupf.

Als Vorbild kann dabei das Wegseitenraumprogramm des Landkreis Emsland dienen.

Hier wurden bereits über 120 Hektar zurückgewonnen und durch standortgerechte Bepflanzung mit Sträuchern oder Blühstreifen zu wichtigen Biotopen.

Die JU wünscht sich dabei eine Zusammenarbeit von Kommunen, Landwirten, Jägerschaft und Naturverbänden, um so an jedem Standort ein optimales Ergebnis zu erzielen und alle Aspekte in einem Konsens erarbeiten zu können. So gibt es für Hecken- und Strauchbepflanzung geeignete und weniger geeignete Flächen. Dies sollte nach Absprache aller Beteiligten entschieden werden.

Ein weiterer positiver Effekt des Programms würde sowohl den Kommunen, als auch den Landwirten gefallen:

Mit der Renaturierung können die Gemeinden im Rahmen von Bauleitplanverfahren für Gewerbe-/Industrie- und Wohngebiete die gewonnen Flächen als Ausgleichsflächen anerkennen lassen und so den Flächenverbrauch eindämmen.

Sachanträge zum BDT 2015

Votum der Antragskommission: Ablehnung

Kreisverband Meppen (Antrags-Nr. 23)

„Die Junge Union fordert die Landesregierung auf, Gymnasien in Niedersachsen zu sichern und dauerhaft zu erhalten.“

Begründung:

„Angesichts der von der rot-grünen Landesregierung vorangetriebenen Entwicklung - mehr Gesamtschulen in Niedersachsen - sehen wir den Bestand von Gymnasien als gefährdet an. Damit sind nicht nur die Gymnasien selbst, sondern auch die Bildungsspitze der Schüler in Niedersachsen gefährdet. Die Gesamtschulen sorgen für eine Unterforderung der leistungsstarken Schüler und Überforderung der leistungsschwachen Schüler. Damit geht wichtiges Potential von Leistungsträgern verloren und die leistungsschwächeren Schüler leiden unter einem nicht angemessenen Bildungsniveau. Dazu kommt der verminderte Lerndruck an Gesamtschulen, der nicht hinreichend auf ein späteres Studium oder Berufsleben vorbereitet. Solche Umstände an unseren Schulen, die der rot-grünen Ideologie zu verschulden sind, lehnen wir kategorisch ab. Wir fordern ein klares Bekenntnis zum Erhalt und zur Stärkung von Gymnasien!“

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 24)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Einführung eines verbindlichen Wandertages für die Klassenstufen 5 und 6 auf einem aktiv Lebensmittel produzierenden landwirtschaftlichen Betrieb.“

Begründung:

Die Distanz und Ablehnung gegenüber der Tierhaltung für die Lebensmittelproduktion ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Gleichzeitig wissen immer weniger Menschen, wo ihr Schweineschnitzel oder ihre Rinderroulade auf dem Teller herkommen. Besonders in größeren Städten geht der Trend noch weiter bis hin zum Vegetarismus und Veganismus. Häufig basierend auf völlig falschen Vorstellungen und unter falschen Vorwänden. Die Erziehung beginnt in dieser Hinsicht in einem jungen Alter. Wir halten es für wichtig, dass den Kindern unserer Gesellschaft klar ist, wo ihre Lebensmittel herkommen und sie dabei gleichzeitig die tatsächlichen Bedingungen in den Stallungen kennenlernen, um mehr Bewusstsein und Akzeptanz von Kindheit an zu entwickeln und zu fördern.

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Grafschaft Bentheim (Antrags-Nr. 25)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die verpflichtende Aufnahme von „Reanimationsunterricht“ in den niedersächsischen Lehrplänen ab Klasse 7.

Begründung:

Sachanträge zum BDT 2015

Ein plötzlicher Kreislaufstillstand kann zu jeder Zeit an jedem Ort jede Person ereilen. Daher ist es unerlässlich möglichst viele Ersthelfer adäquat im Umgang mit der Herz-Lungen-Wiederbelebung (Reanimation) zu schulen. Hirnzellen überstehen in der Regel einen Sauerstoffmangel ohne bleibende Schäden 4-5 Minuten (Quelle: Deutscher Rat für Wiederbelebung – German Resuscitation Council (GRC)). In einem Flächenland wie Niedersachsen kann der Rettungsdienst ein solches Zeitfenster kaum erfüllen. Die gesetzlich festgelegte Eintreffzeit (Hilfsfrist) in Niedersachsen liegt bei 15 Minuten (§ 2 Abs. 3 der BedarfsVO-RettD). Selbst diese Zeit muss laut Gesetzgeber nur in 95% der Fälle erreicht werden. Daher liegt es häufig an Passanten, Angehörigen, Freunden oder Arbeitskollegen die Überlebenschance der betroffenen Person signifikant zu erhöhen. Dies ist in einer Vielzahl von internationalen Studien belegt worden; über eine Verdoppelung bis Verfünffachung des Überlebens wird berichtet. Im Vergleich zu anderen entwickelten Ländern ist in Deutschland die Quote der Wiederbelebung durch Ersthelfer allerdings niedrig (Skandinavien 40-70%, USA 40-50%, Deutschland 10-20%) (Quelle: GRC). Die bisherige Regelung sieht einen Erste-Hilfe-Kurs im Rahmen des Führerscheinerwerbs im Umfang von 9 Unterrichtseinheiten (seit 01.04.2015) vor. Im schlimmsten Fall werden die Bürgerinnen und Bürger hier zum ersten und letzten Mal mit der Herz-Lungen-Wiederbelebung in Berührung kommen. Auch die bisherigen berufsgenossenschaftlichen Regelungen stellen keine ausreichende Schulung der Bevölkerung dar. Deshalb ist es unerlässlich diese Kompetenz in jungen Jahren einzuüben und regelmäßig zu wiederholen. Konsequenter Weise unterhalten die skandinavischen Länder, Großbritannien, USA und Kanada seit Langem entsprechende nationale Programme in ihren schulischen Curricula. In Deutschland hat die Kultusministerkonferenz im Frühjahr 2013 die Empfehlung ausgegeben den Reanimationsunterricht in die schulischen Curricula mit aufzunehmen. Bisher haben dies Sachsen und Thüringen umgesetzt. Möglichkeiten der Ausgestaltung sind vielfältig, der deutsche Rat für Wiederbelebung schlägt beispielsweise eine Kopplung an den Biologieunterricht vor. Ab Klasse 7 sollen alle Schülerinnen und Schüler geschult und in jedem Schuljahr trainiert werden (www.grc-org.de).

Votum der Antragskommission: Ablehnung

Kreisverband Osnabrück Land (Antrags-Nr. 26)

Die Junge Union im Bezirksverband Osnabrück – Emsland fordert eine Erhöhung der Polizeistellen, sowie vermehrte Bereitschaftsdienste und eine verstärkte Polizeipräsenz, vor allem im ländlichen Raum.

Begründung:

Es werden immer häufiger Stellen der Polizei nicht neu besetzt, bzw. Polizeiämter im ländlichen Raum mehr und mehr zusammengelegt, eine ordnungsgemäße Arbeit bzw. Präsenz kann so nicht wahrgenommen werden. Hinzukommt, dass viele Ressourcen der Polizei durch die Bearbeitung von Vorkommnissen, die im Zusammenhang mit der derzeitigen Flüchtlingssituation stehen, gebunden sind. Daher ist es die Aufgabe des Landes Niedersachsen, weitere Stellen zu schaffen, um die Betreuung und Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Votum der Antragskommission: Annahme

Sachanträge zum BDT 2015

Kreisverband Osnabrück Stadt (Antrags-Nr. 27)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Niedersächsische Landesregierung dazu auf, vom Mittel der Zwangsenteignung von leerstehenden bzw. nicht genutzten Gewerbe und Wohnimmobilien bzw. –einheiten abzusehen.“

Begründung:

Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Votum der Antragskommission: Ohne Votum

Kreisverband Meppen (Antrags-Nr. 28)

„Die Junge Union fordert die Orts-, Samtgemeinde- und Stadträte, sowie die Kreistage auf, dringend auf eine Verjüngung der Parlamente hinzuwirken. Hierzu ist es aus unserer Sicht erforderlich Maßnahmen zu treffen, die es jungen Menschen ermöglichen, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Hierbei sollten u.a. die Sitzungszeiten in den Feierabend verlegt werden und junge Leute bei ihrer Kandidatur unterstützt werden. Auch sollte die Außendarstellung der Gremien optimiert werden, so ist es denkbar parteiübergreifende Mentoringprogramme zu initiieren („Junge Leute in die Politik“) und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit auch über Social Media zu betreiben.“

Begründung:

„Aus der Sicht der Jungen Union ist das Durchschnittsalter der Mitglieder vieler Räte und Kreistage alarmierend. Die Förderung von Nachwuchskräften ist dabei unumgänglich, um auch auf Dauer eine gute Vertretung der Bürger in unserer Region zu sichern. Dabei geht es keinen Falls darum die Arbeit der älteren Mitglieder in Räten zu kritisieren, vielmehr muss es gelingen, geeignete Kandidaten zu finden, die im Zusammenspiel der verschiedenen Generationen eine bestmögliche Vertretung der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten können. Es genügt jedoch nicht jungen Leuten nur Perspektiven aufzuzeigen, vielmehr müssen auch Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es Schülern, Auszubildenden, Studenten und jungen Arbeitnehmern ermöglichen neben dem Berufseinstieg und der Gründung von Familien auch ein kommunalpolitisches Amt wahrzunehmen. So ist es aus Sicht der JU erforderlich, feste Sitzungstage und Tagungszeiten nach 17 Uhr festzulegen. Darüber hinaus können Mentoring-Programme das Interesse für kommunalpolitische Ämter erhöhen und zur Transparenz der Arbeit in den kommunalen Parlamenten beitragen. In diesem Kontext sollte auch verstärkt auf die Nutzung von "Social Media" zurückgegriffen werden, da viele junge Menschen hierüber ihre Informationen beziehen.“

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 29)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Landes-CDU auf sich für die Beibehaltung der Beschwerdestelle im Innenministerium auszusprechen und der Forderung der Abschaffung abzusehen.“

Begründung:

Sachanträge zum BDT 2015

Die CDU fordert oft vom Bürger: „Wer nichts zu verheimlichen hat, der braucht auch nichts zu befürchten“. (Vorratsdatenspeicherung) Doch genau dieselben Parteiführenden auf Landesebene sind bei der Beschwerdestelle im Innenministerium anderer Meinung und wollen diese mit dem Hinweis auf eine Nichtnotwendigkeit abschaffen. Die Beschwerdestelle ist für den Bürger die Möglichkeit sich über Einsätze der Polizei unabhängig von eben dieser Polizei bei den obersten Dienstherren zu beschweren. Eine solche Einrichtung ist also keine „Schikane“ gegenüber unseren Polizisten, sondern eine rechtsstaatliche Institution. Wer nichts zu verheimlichen hat, der braucht auch keine Kontrolle fürchten!

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 30)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die konsequente Abschiebung von Personen mit abgelehnten Asylanträgen!“

Begründung:

Die Herausforderungen dieser Tage sind groß. Wir brauchen all unsere Kraft in der Integration für diejenigen, die aus berechtigten Gründen einen Asylantrag stellen und bewilligt bekommen. Im Gegenzug müssen all diejenigen, deren Antrag abgelehnt wurden, umgehend und unverzüglich in ihr Heimatland zurückgeführt werden. Im Emsland sind 2/3 aller Anträge aus sicheren Herkunftsländern – diese Anträge blockieren und benötigen enorme Ressourcen. Das kann mit einer schnelleren Rückführung verhindert werden.

Votum der Antragskommission: Erledigt durch Nr.17

Kreisverband Meppen (Antrags-Nr. 31)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert angesichts der vieler Orts schlechten Straßen und maroden Brücken, die Bußgelder von Verkehrssündern unmittelbar in Maßnahmen zur Modernisierung von Straßen und Brücken fließen zu lassen.“

Begründung:

„Die Straßen und Brücken in Deutschland sind vielerorts in einem katastrophalen Zustand. Zudem ist ein erhöhtes Verkehrsaufkommen im Lastverkehr zu verzeichnen. Investitionen zur Ausbesserung und Neubau von Straßen und Maroden Brücken werden dringen benötigt. Wie auch in einigen anderen Ländern üblich, fordern wir daher die von Verkehrssündern gezahlten Beträge direkt wieder in das Budget für Straßenbau zurückfließen zu lassen und nicht Ressortübergreifend zu verteilen.“

Votum der Antragskommission: Annahme

Sachanträge zum BDT 2015

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 32)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Störerhaftung für WLAN-Router zu ändern. Die bisherige Gesetzeslage behindert freies WLAN für freie Bürger!“

Begründung:

Freies WLAN ist für viele im Ausland ein mittlerweile normal gewordener Zustand. Wer in Madrid, London oder Paris ist, der bekommt oft sogar als erstes einen freien Zugang zum WLAN. Nur eine Nation hängt hinterher: Wir Deutschen! Wir haben mit der Störerhaftung und verhindern somit ein freies WLAN. Wir wollen das ändern: Freies WLAN für freie Bürger!

Votum der Antragskommission: Ablehnung, da bestehende Gesetzeslage

Kreisverband Meppen (Antrags-Nr. 33)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland erteilt Forderungen und Überlegungen zu einer kurz- und mittelfristigen Mitgliedschaft der Türkei in der EU angesichts der aktuellen politischen Lage in der Türkei eine klare Absage. Angesichts der großen gemeinsamen Aufgabe zur Bewältigung der Flüchtlingssituation halten wir jedoch einen intensiven Austausch zwischen der EU und der Türkei für unumgänglich, um gemeinsam eine geordnete Registrierung, Versorgung und Verteilung der Kriegsflüchtlinge zu erreichen und die mancherorts angespannte Situation zu entschärfen. Auch ist dies erforderlich um Flüchtlingen einen Weg aufzuzeigen, der sie davon abhält eine gefährliche Route über das Mittelmeer zu wählen. Dabei darf die Türkei jedoch nicht zu einem unkontrollierbaren Zugang für die Flüchtlinge in die EU werden. Vielmehr müssen an der türkisch-europäischen Grenze Aufnahmelager errichtet werden, in denen eine Registrierung erfolgt und von denen aus eine kontrollierte Verteilung erfolgen kann. Hier muss Europa weitere finanzielle Mittel zur Verfügung stellen um die Türkei bei dieser gemeinsamen Aufgabe zu unterstützen. Jedoch muss auch die Grenze zwischen Griechenland und der Türkei besser bewachen um illegale Einwanderung zu verhindern und zu einem geordneten Verfahren zurückzukehren. Gleichwohl lehnen wir die jüngst diskutierten Pläne der EU, zur Visafreiheit für Türken in Deutschland und Europa als Zugeständnis für die Türkische Unterstützung strikt ab.“

Begründung:

„Die Türkei ist zweifelsohne ein wichtiger Handelspartner Deutschlands und auch ein strategischer Partner. Insbesondere aufgrund der aktuellen Situation in der Türkei müssen jedoch die Verhandlungen über einen Beitritt der Türkei zur EU weiterhin ergebnisoffen geführt werden und klar gestellt werden, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Kriterien für eine Vertiefung der Verhandlungen über eine Mitgliedschaft in der EU nicht vorliegen. Gleichwohl müssen wir die Türkei in die Lösung der Flüchtlingskrise miteinbeziehen, da sie aufgrund der geografischen Lage an der Balkanroute von entscheidender Bedeutung ist. So besteht die Hoffnung, dass über das Aufzeigen der Einreisemöglichkeit über diese Route Flüchtlinge davon abgehalten werden können, die lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer auf sich zunehmen. Die EU und insbesondere auch Deutschland ist gefordert die Türkei bei dieser gemeinsamen Aufgabe sowohl finanziell als auch tatkräftig zu unterstützen, jedoch kann der Preis für ein geordnetes Verfahren nicht die Visafreiheit sein. Auch die Einstufung der Türkei als sicheres Herkunftsland scheint zum jetzigen Zeitpunkt mehr als bedenklich, da dies de facto bedeuten würde, dass unterstellt wird, dass in der Türkei keine systematische Verfolgung stattfindet – gerade dies sehen wir aber als nicht gegeben an.“

Sachanträge zum BDT 2015

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 34)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert eine stärkere Willkommenskultur in Deutschland und die Integration der neuen Bürger Deutschlands!“

Begründung:

Die Herausforderungen dieser Tage sind groß. Wir brauchen all unsere Kraft in der Integration für die Flüchtlinge, deren Asylantrag bewilligt worden ist. Wir müssen diese neuen Bürger begrüßen und in unsere Gesellschaft integrieren. Es ist sehr befruchtend und interessant, was wir von unseren neuen Mitbürgern lernen können. Gehen wir aufeinander zu und sorgen für eine gelungene Integration!

Votum der Antragskommission:

Annahme mit Änderung:

„Die Junge Union Os-EI begrüßt die Willkommenskultur in Deutschland und fordert die Integration der neuen Bürger Deutschlands.“

Kreisverband Meppen (Antrags-Nr. 35)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert im Rahmen der Manipulationsvorwürfe bezüglich der Abgasnormen von PKWs eine umfassende Aufklärung und Verurteilung der Verantwortlichen. Auf der anderen Seite fordern wir jedoch auch, bei der Berichterstattung und Aufarbeitung des Skandals sachlich vorzugehen und keine Vorverurteilungen vorzunehmen. Auch sollte die deutsche Automobilindustrie und die Zuliefererunternehmen als Ganzes nicht in Frage gestellt werden. Die Junge Union bekennt sich daher zum Automobil- und Innovationsstandort Deutschland, der zum einen wesentlichen Beitrag zur guten Wirtschaftlichen Lage unseres Landes beigetragen hat und zum anderen auch für viele Menschen in unserem Land Arbeitsplätze bietet.“

Begründung:

„Der VW Konzern mit seinen über 600.000 Mitarbeitern, sowie den vielen Menschen die in für die Zuliefererunternehmen tätig sind hat eine große Bedeutung für die deutsche Wirtschaft und ihren Ruf. Auch darf in der Debatte kein Generalverdacht entstehen und schon gar nicht die Arbeit der vielen Mitarbeiter, die sich jeden Tag mit voller Kraft für das Unternehmen einsetzen und dabei sehr gute Arbeit leisten geschmälert werden. Daher ist es aus unserer Sicht unverantwortlich, das Unternehmen in Gänze unter Generalverdacht zu stellen. Gleichwohl bedarf es einer lückenlosen Aufklärung der Vorgänge um die verfälschten Emissionsmessung im Automobilsektor. Die Manipulation von Abgasemissionen in bis zu 11 Millionen Diesel-Fahrzeugen ist nicht akzeptabel und auf das Schärfste zu Verurteilen. Es ist nicht angemessen, den Diesel und die Automobilindustrie unter Generalverdacht zu stellen. Die Diesel-Technologie sollte nicht verteufelt werden, denn sie kann einen entscheidenden Beitrag zur Verwirklichung der EU-Klimaziele leisten.“

Votum der Antragskommission: Annahme

Sachanträge zum BDT 2015

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 36)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die niedersächsische Landesregierung auf, die Ämter für regionale Landesentwicklung (ArL), die als Nachfolgeeinheit der ehemaligen Bezirksregierungen erstellt wurden, wieder abzuschaffen.

Begründung:

Zum 1. Januar 2014 haben die neuen Ämter für regionale Landesentwicklung ihre Arbeit neu aufgenommen. In den Ämtern wurden wesentliche Aufgaben der Regionalplanung und Raumordnung, der Stadt- und Landentwicklung und der Wirtschaftsförderung, insbesondere EU-Förderung, zusammengefasst, die bislang auf verschiedene andere Landeseinrichtungen verteilt waren. Geleitet werden die Regionalbehörden von den neuen "Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung", die eine B6 Besoldung erhalten.

Die Junge Union Osnabrück-Emsland sieht in der Errichtung der Regionalbehörden mit ihren zusätzlichen hochdotierten Landesbeauftragten nur die unnötige Schaffung von zusätzlichen Verwaltungsstellen. Diese ArLs können selbst noch keine abschließenden Entscheidungen treffen. Zunächst müssen sich diese wiederum mit den Landesministerien abstimmen, weil dort die Vergabe entsprechender Fördermittel erfolgt. Daher wurde die betonte Regionalisierung nur als Deckmantel genutzt, um entsprechende Stellen zu schaffen.

Sinnvoller wäre es, dass die Abwicklung der EU-Förderprogramme über die Fachministerien erfolgen würde, wie es unter der schwarz-gelben Landesregierung üblich war. Somit hätte man die Ansprechpartner direkt in Hannover und müsste keine Umwege um die Ämter für regionale Landesentwicklung vornehmen.

Votum der Antragskommission: Annahme